

3. Zürcher Politbarometer

Januar 2019

Auftraggeber

Forum Zürich

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autoren

Michael Hermann
Gordon Bühler

Zürich, Januar 2019



Inhaltsverzeichnis

1	Regierungsratswahlen	4
1.1	Aktuelle Wahlabsicht	4
1.2	Aktuelle Wahlabsicht nach Parteiwählerschaft	4
1.3	Bekanntheit der Kandidierenden und Einschätzung der politischen Arbeit	5
2	Abstimmungsvorlagen vom 10. Februar	7
2.1	Hundegesetz	7
2.2	Wassergesetz	7
3	Probleme und Herausforderungen	9
4	Schule und Soziales	11
4.1	Maturitätsquote	11
4.2	Flächendeckende Einführung von Tagesschulen	12
4.3	Massnahmen gegen steigende Gesundheitskosten	13
4.4	Ausgaben für Prämienverbilligungen	15
4.5	Unterstützung von Sozialhilfebezüger/innen	16
5	Verkehr und Infrastruktur	17
5.1	Infrastrukturprojekte	17
5.2	Registrierungspflicht für Uber-Fahrer	18
6	Flughafen Zürich	19
6.1	Pistenverlängerungen	19
6.2	Eindämmung des Passagierwachstums	20
6.3	Lenkungsabgaben auf Flugtickets	21
7	Wohnen und Raumplanung	22
7.1	Einschätzung des prognostizierten Bevölkerungswachstums	22
7.2	Herausforderungen des Wachstums	23
7.3	80:20-Regel	24
7.4	Schattenwurfregelung	25
7.5	Mehrwertabgabe	26
8	Steuervorlage und AHV-Finanzierung (STAF)	27
8.1	STAF	27
8.2	Umsetzung der STAF durch den Kanton Zürich	28
8.3	Konsequenzen, wenn die STAF nicht umgesetzt wird	29
9	Digitale Verwaltung	30
9.1	Form des Austauschs mit der öffentlichen Verwaltung	30

9.2	Bedarf für den Ausbau der Online-Angebote	31
9.3	Beurteilung der Entwicklung zur digitalen Verwaltung	33
10	Methodik	35
10.1	Datenerhebung und Stichprobe	35
10.2	Repräsentative Gewichtung	35

Im Auftrag des Forums Zürich und der Neuen Zürcher Zeitung führte sotomo das 3. Zürcher Politbarometer durch. 1707 aktive Stimmberechtigte des Kantons Zürich nahmen an der Befragung teil. Dieser Bericht präsentiert Ergebnisse zu den bevorstehenden Regierungsratswahlen, den kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 10. Februar, zu Problemen und Herausforderungen im Kanton Zürich, sowie zu verschiedenen aktuellen Themen im Kanton Zürich.

1 Regierungsratswahlen

Am 24. März 2019 wird im Kanton Zürich gewählt. 13 Personen (davon fünf Bisherige) bewerben sich für die sieben Sitze im Regierungsrat.

1.1 Aktuelle Wahlabsicht

Abbildung 1 zeigt die Wähleranteile der Kandidierenden für den Regierungsrat gemäss den aktuellen Wahlabsichten der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich.

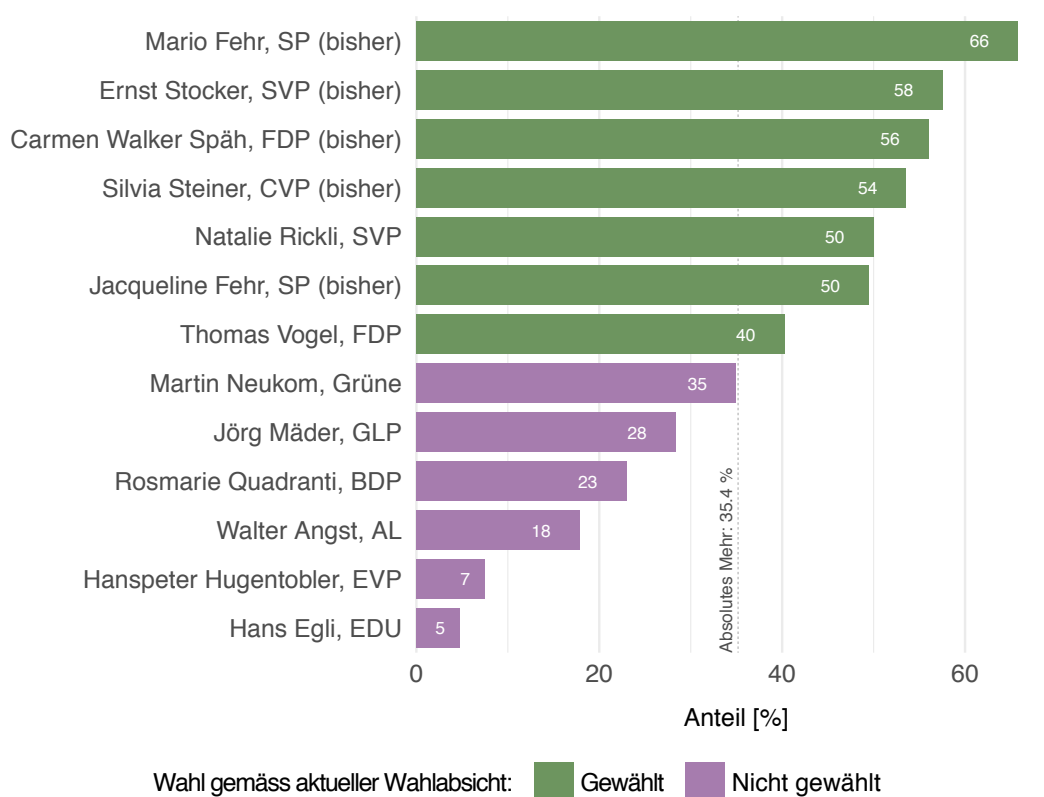


Abbildung 1: Aktuelle Wahlabsichten für die Regierungsratswahlen 2019.

1.2 Aktuelle Wahlabsicht nach Parteiwählerschaft

Abbildung 2 zeigt die aktuellen Wahlabsichten für die ersten neun Kandidierenden in der Rangfolge aus Abbildung 1 nach Parteiwählerschaft. Für die neun Kandidierenden ist jeweils dargestellt, welchen Wähleranteil sie heute bei der Wählerschaft der sechs grössten Parteien im Kanton (SVP, SP, FDP, Grüne, GLP, CVP) erzielen würden. Die Parteien sind von politisch links nach rechts geordnet.

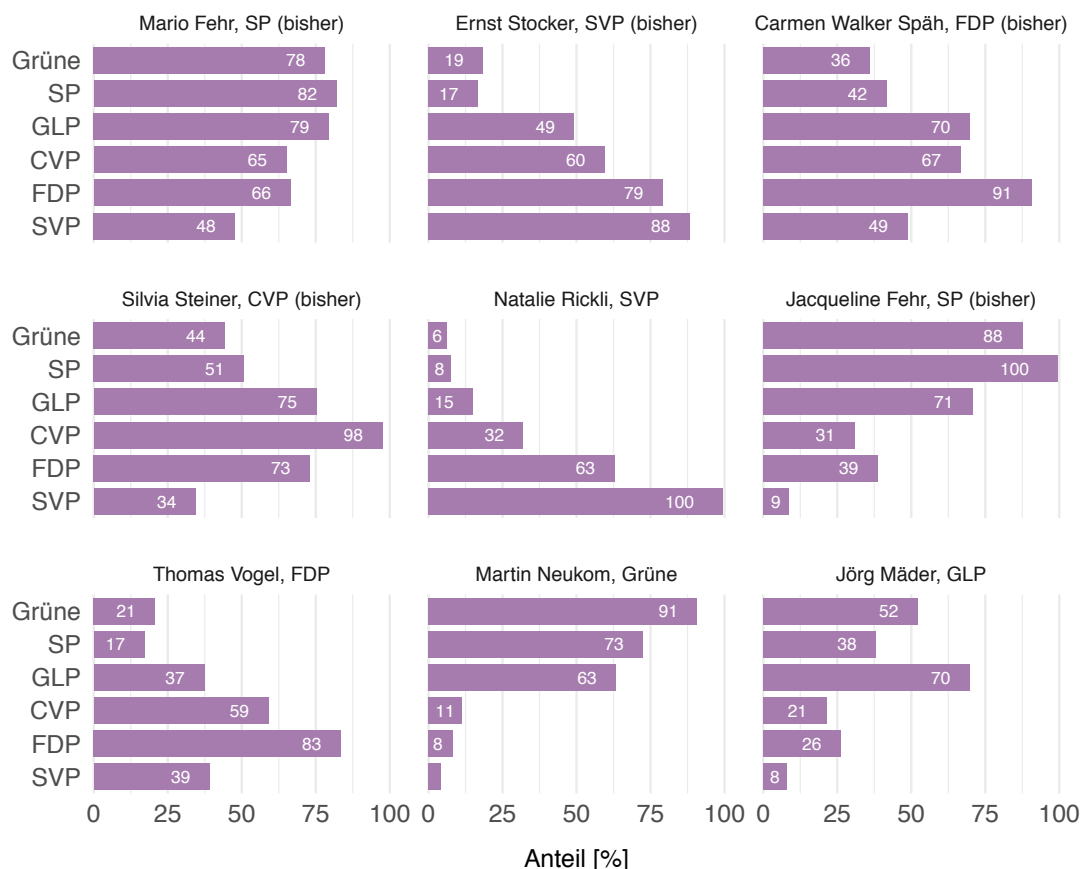
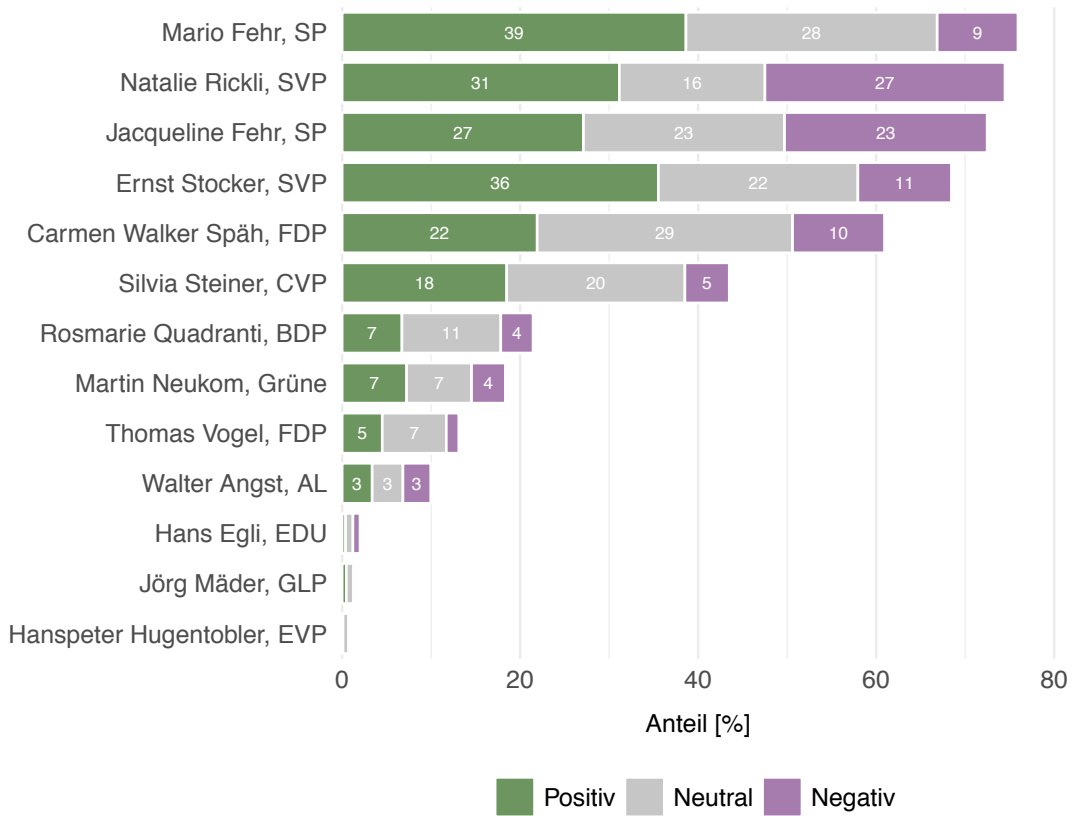


Abbildung 2: Aktuelle Wahlabsichten für die Regierungsratswahlen 2019 – nach Parteiwählerschaft.

1.3 Bekanntheit der Kandidierenden und Einschätzung der politischen Arbeit

Die Gesamtlänge der Balken in Abbildung 3 zeigt den Bekanntheitsgrad der Regierungsratskandidierenden unter der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons. Die Unterteilung der Balken zeigt darüber hinaus, wie die Stimmberechtigten, denen die Kandidierenden bekannt sind, deren politische Arbeit einschätzen.



Die Summe der Zahlen aus «Positiv», «Neutral» und «Negativ» entspricht jeweils der Bekanntheit der Politikerin oder des Politikers.

Abbildung 3: Bekanntheit und Einschätzung der politischen Arbeit der Kandidierenden für die Regierungsratswahlen 2019.

2 Abstimmungsvorlagen vom 10. Februar

Am 10. Februar 2019 wird im Kanton Zürich über das Hundegesetz und das Wassergesetz abgestimmt.

2.1 Hundegesetz

Mit der Änderung des Hundegesetzes soll im Kanton Zürich die praktische Ausbildungsverpflichtung für Hundehalterinnen und -halter abgeschafft werden. Gemäss den aktuellen Stimmabsichten der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich würde die Änderung des Hundegesetzes abgelehnt. Besonders hoch ist die Ablehnung bei Wählerinnen und Wählern der linken Parteien (Grüne und SP). Auch die Wählerinnen und Wähler der Mitteparteien und der bürgerlichen Parteien sind eher ablehnend eingestellt. 12 Prozent der Stimmberechtigten sind unentschieden.

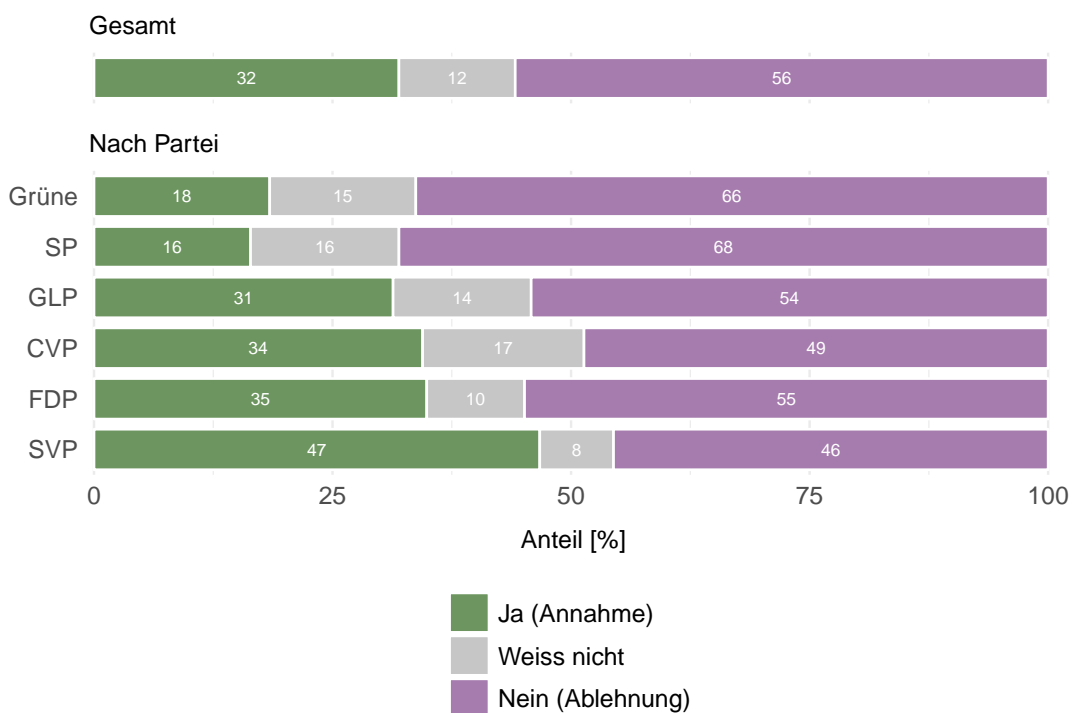


Abbildung 4: Aktuelle Stimmabsichten beim Hundegesetz – insgesamt und nach Parteiwählerschaft.

2.2 Wassergesetz

Mit dem neuen Wassergesetz soll die Wasserversorgung im Kanton Zürich teilweise an private Unternehmen ausgelagert werden können. Dabei dürfen die Firmen

nicht über mehr als ein Drittel der Stimmrechte und nicht über mehr als die Hälfte des Kapitals verfügen. Gemäss den aktuellen Stimmabsichten der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich würde das Wassergesetz abgelehnt. Besonders hoch ist die Ablehnung bei Wählerinnen und Wählern der Grünen, SP und SVP. Bei den Wählerinnen und Wählern von CVP und FDP ist zwar eine relative Mehrheit für das Wassergesetz, durch den hohen Anteil an Unentschlossenen handelt es sich jedoch um jeweils unter 50 Prozent der Parteiwählerschaft. Insgesamt ist ein hoher Anteil von 26 Prozent der Stimmbevölkerung unentschlossen.

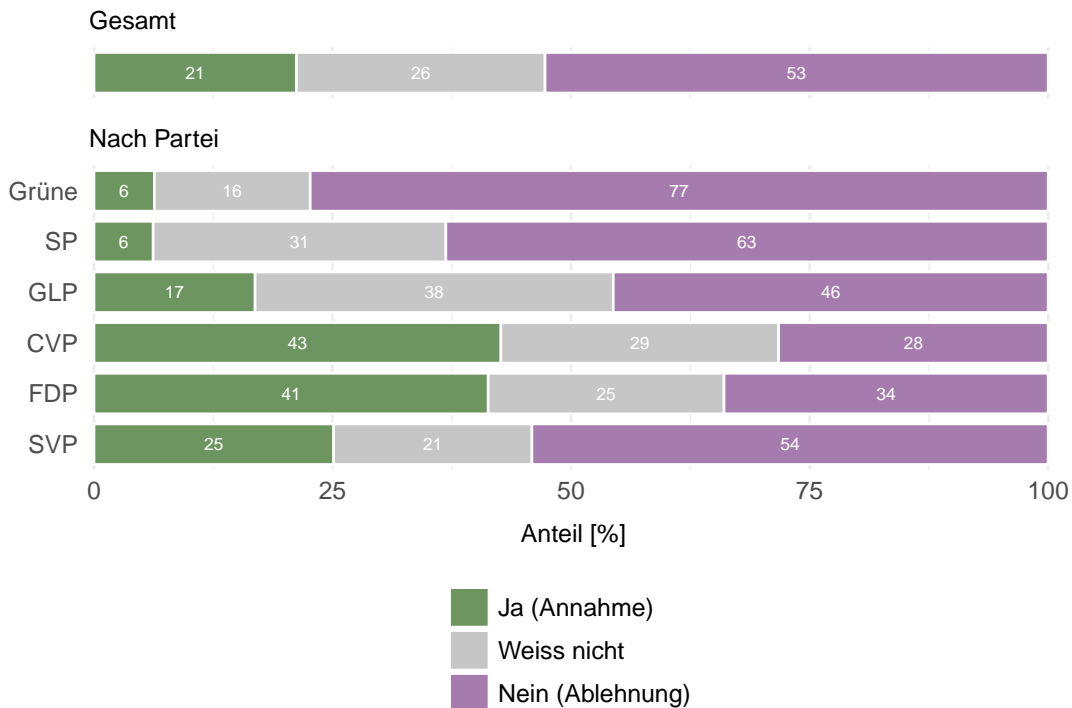


Abbildung 5: Aktuelle Stimmabsichten beim Wassergesetz – insgesamt und nach Parteiwählerschaft.

3 Probleme und Herausforderungen

Aus einer breiten Auswahl von Themen konnten die Befragten die drei Themen auswählen, die sie aktuell als die grössten Probleme/Herausforderungen des Kantons Zürich erachten. Abbildung 6 zeigt die Rangfolge der Probleme und Herausforderungen.

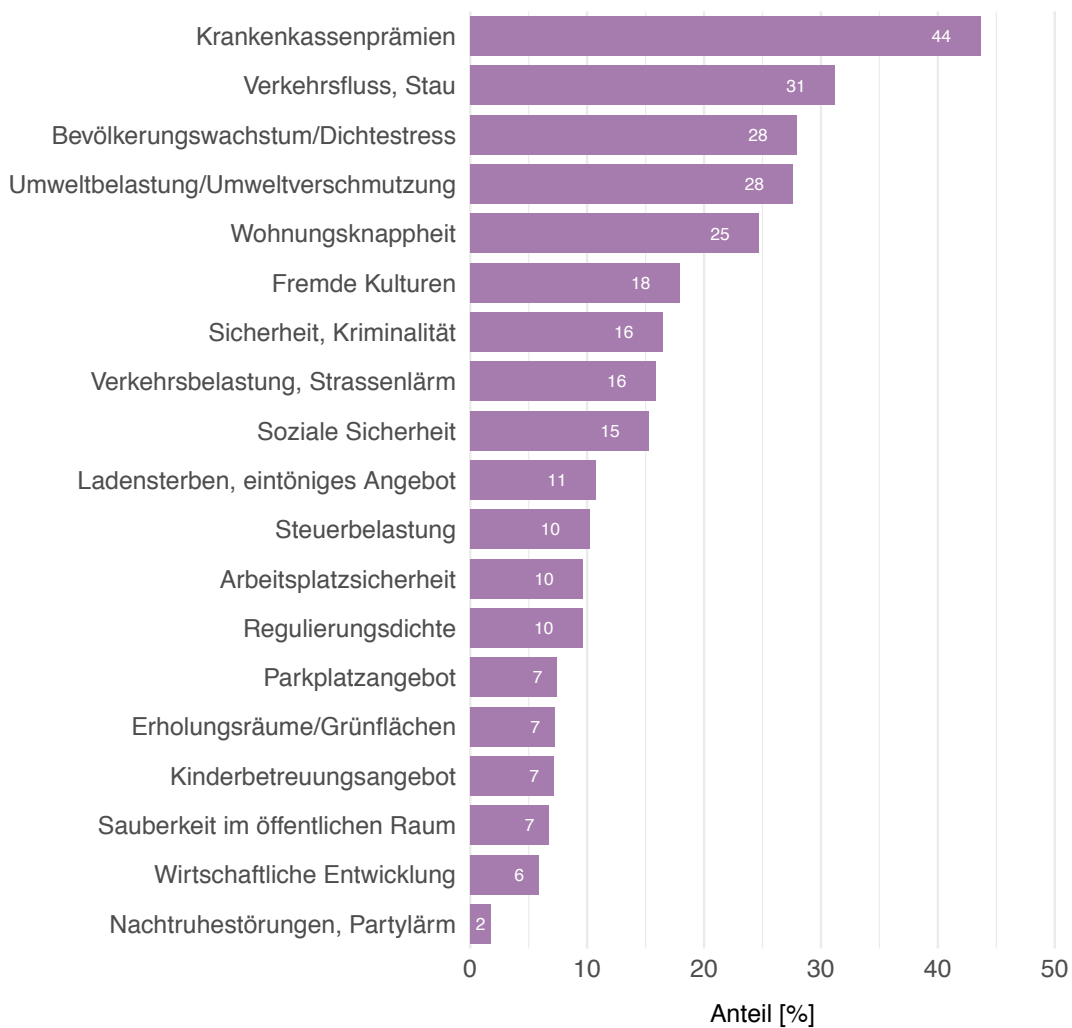


Abbildung 6: Die aktuell wichtigsten Probleme und Herausforderungen im Kanton Zürich gemäss der aktiven Stimmbevölkerung.

Abbildung 7 zeigt die fünf wichtigsten Probleme und Herausforderungen gemäss den Wählerinnen und Wählern der sechs grössten Parteien im Kanton. Dunkelgrün hervorgehoben sind jeweils diejenigen Wählerinnen und Wähler, die zusätzlich angeben, dass das betreffende Thema besonders relevant ist für ihren Wahlentscheid der betreffenden Partei.

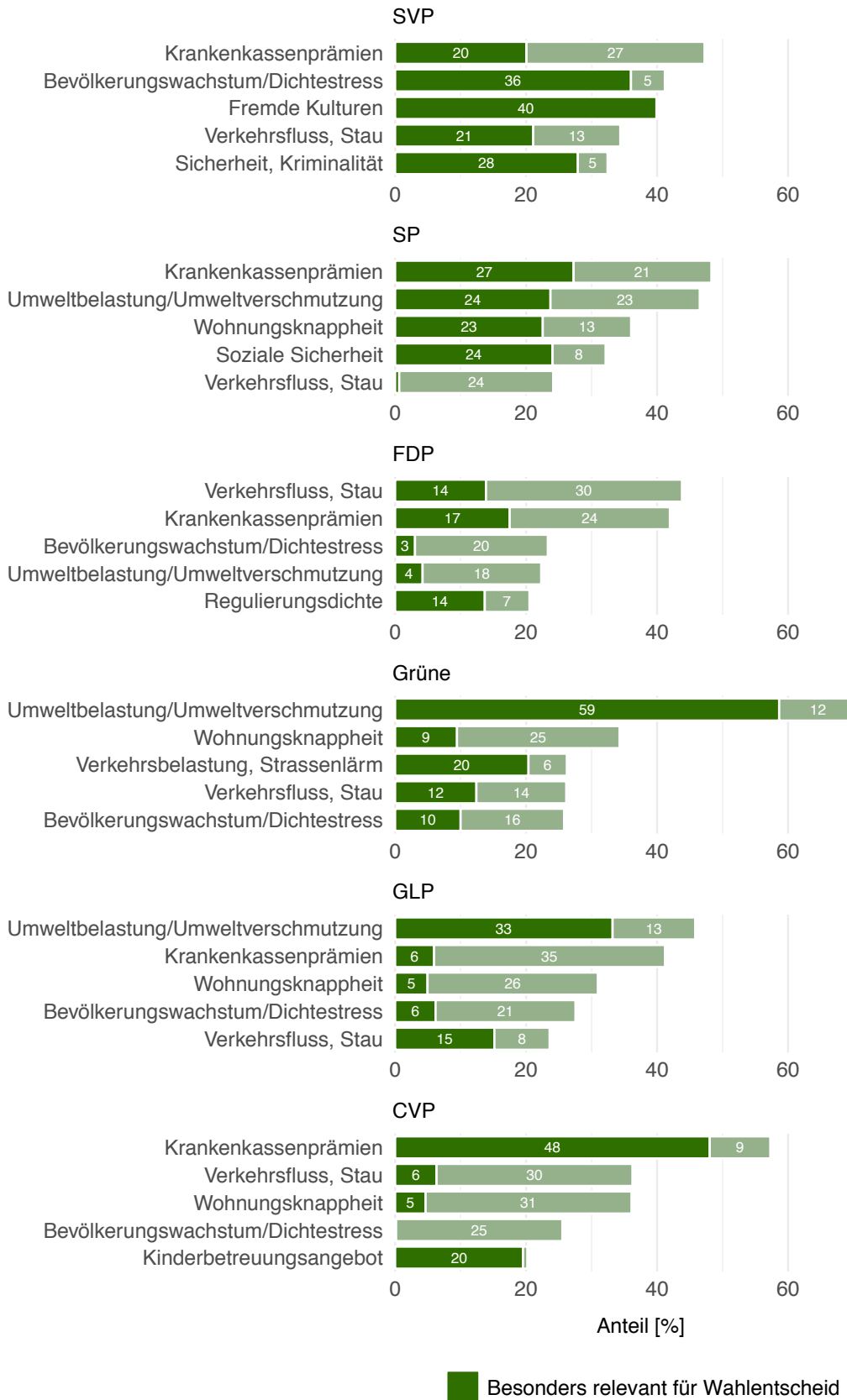


Abbildung 7: Die aktuell wichtigsten Probleme und Herausforderungen im Kanton Zürich gemäss der aktiven Stimmbevölkerung – nach Parteiwählerschaft.

4 Schule und Soziales

4.1 Maturitätsquote

Im Kanton Zürich haben 20 Prozent der jungen Erwachsenen eine gymnasiale Maturität. Eine Mehrheit der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons findet diese Quote gerade richtig. Unter den Wählerinnen und Wählern der CVP und SVP ist die Meinung verbreiteter als in anderen Parteien, dass die gymnasiale Maturitätsquote zu hoch sei – trotzdem findet auch in diesen Parteien eine Mehrheit die Quote gerade richtig.

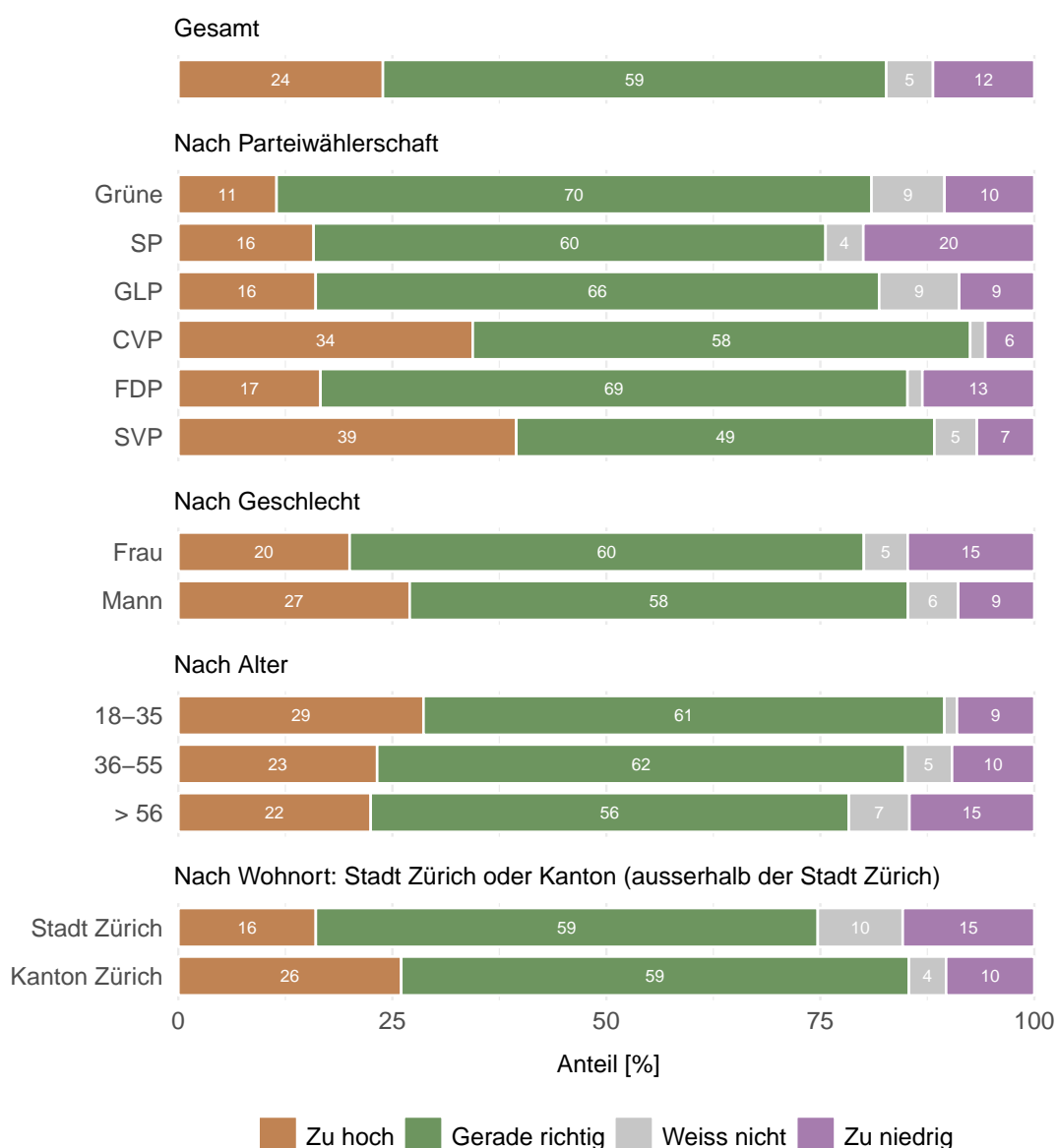


Abbildung 8: Einschätzung der gymnasialen Maturitätsquote von 20 Prozent.

4.2 Flächendeckende Einführung von Tagesschulen

38 Prozent der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich ist für die flächendeckende Einführung von Tagesschulen, ein weiteres Viertel ist eher dafür. Insgesamt befürwortet eine Mehrheit die flächendeckende Einführung von Tagesschulen. Dies trifft auf die Wählerinnen und Wähler fast aller grossen Parteien zu.

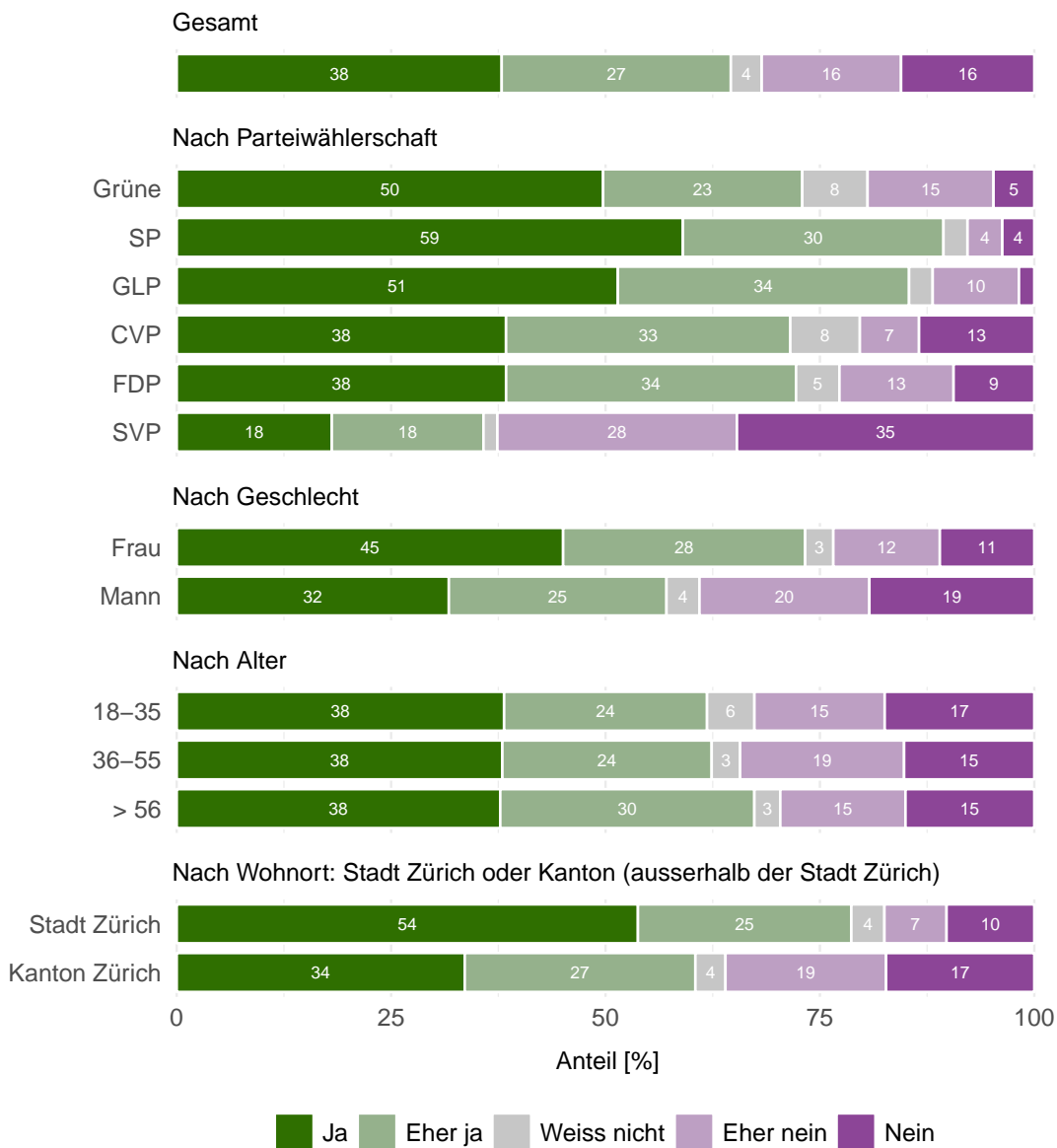


Abbildung 9: Befürwortung der flächendeckenden Einführung von Tagesschulen.

4.3 Massnahmen gegen steigende Gesundheitskosten

Fast vollständig alle Befragten sind der Meinung, dass Kanton und Gemeinden in Zürich etwas gegen die steigenden Gesundheitskosten tun sollen. Drei Viertel der aktiven Stimmberechtigten sind der Meinung, dass die Medikamentenpreise stärker überprüft werden sollten. Auch eine bessere Zusammenarbeit unter den Spitälern und die Förderung des Hausarztmodells werden als Massnahmen häufig genannt.

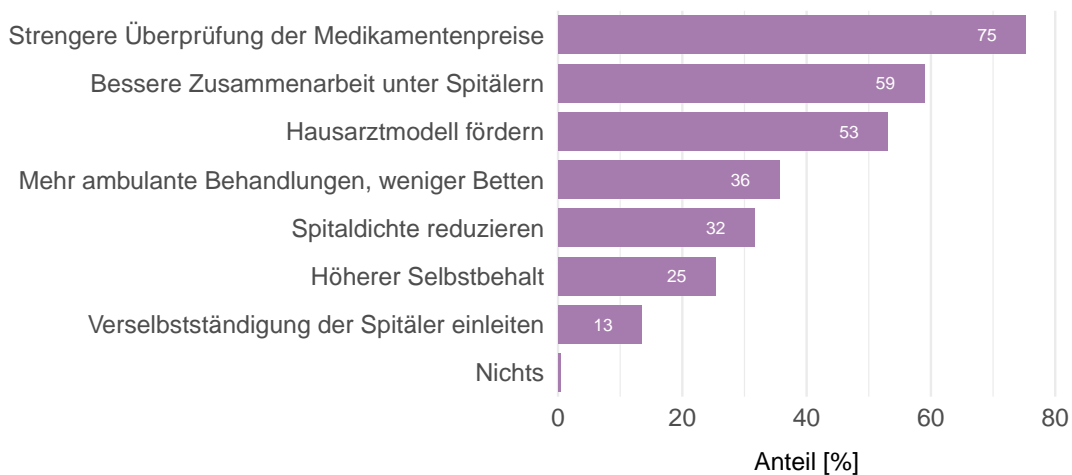


Abbildung 10: Befürwortung von Massnahmen gegen die steigenden Gesundheitskosten.

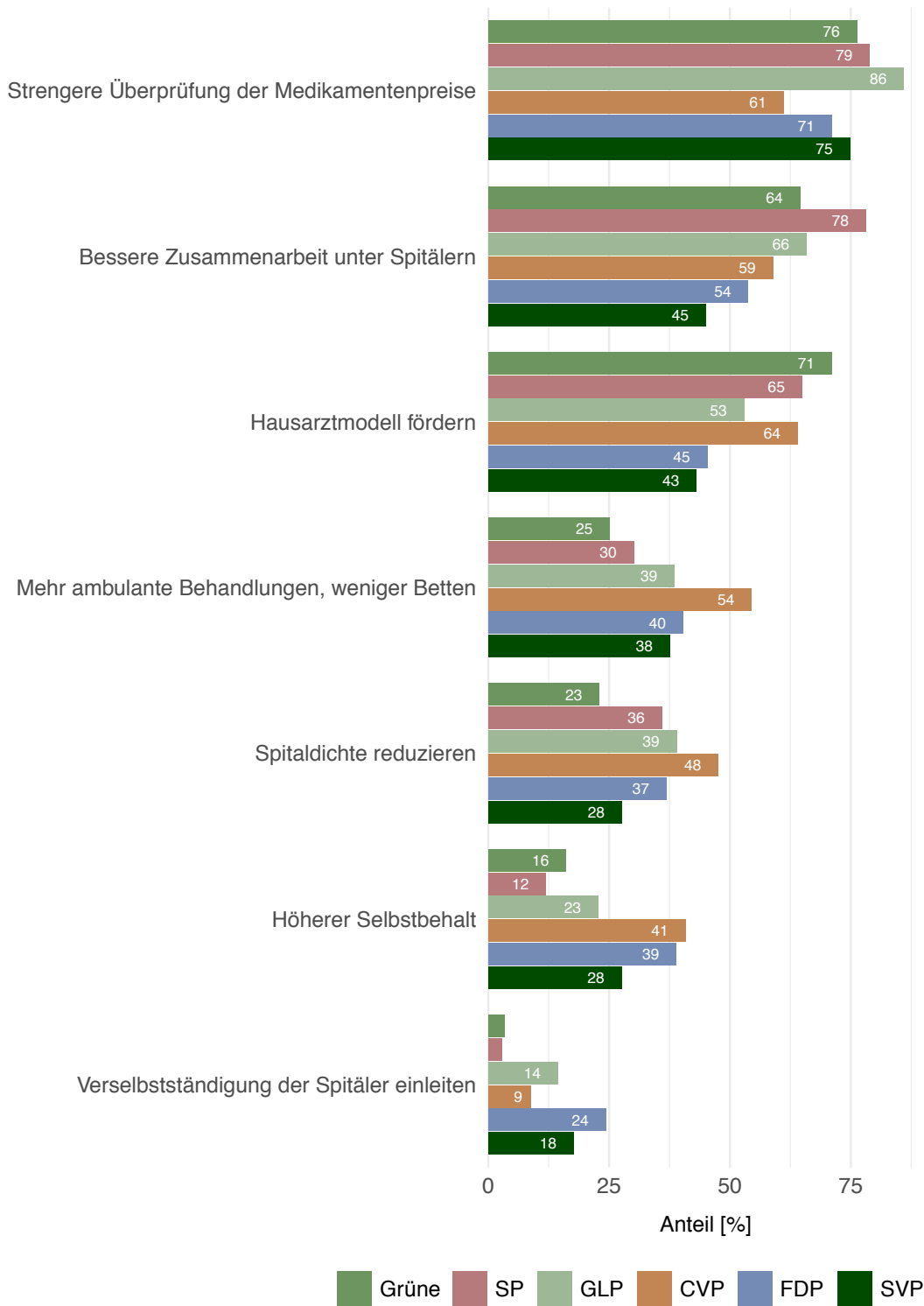


Abbildung 11: Befürwortung von Massnahmen gegen die steigenden Gesundheitskosten – nach Parteiwählerschaft.

4.4 Ausgaben für Prämienverbilligungen

Rund ein Drittel der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich ist dafür, dass der Kanton mehr Geld für Prämienverbilligungen ausgeben soll. Rund ein Viertel ist eher dafür. Dagegen oder eher dagegen ist eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der FDP und rund die Hälfte der Wählerinnen und Wähler der SVP.

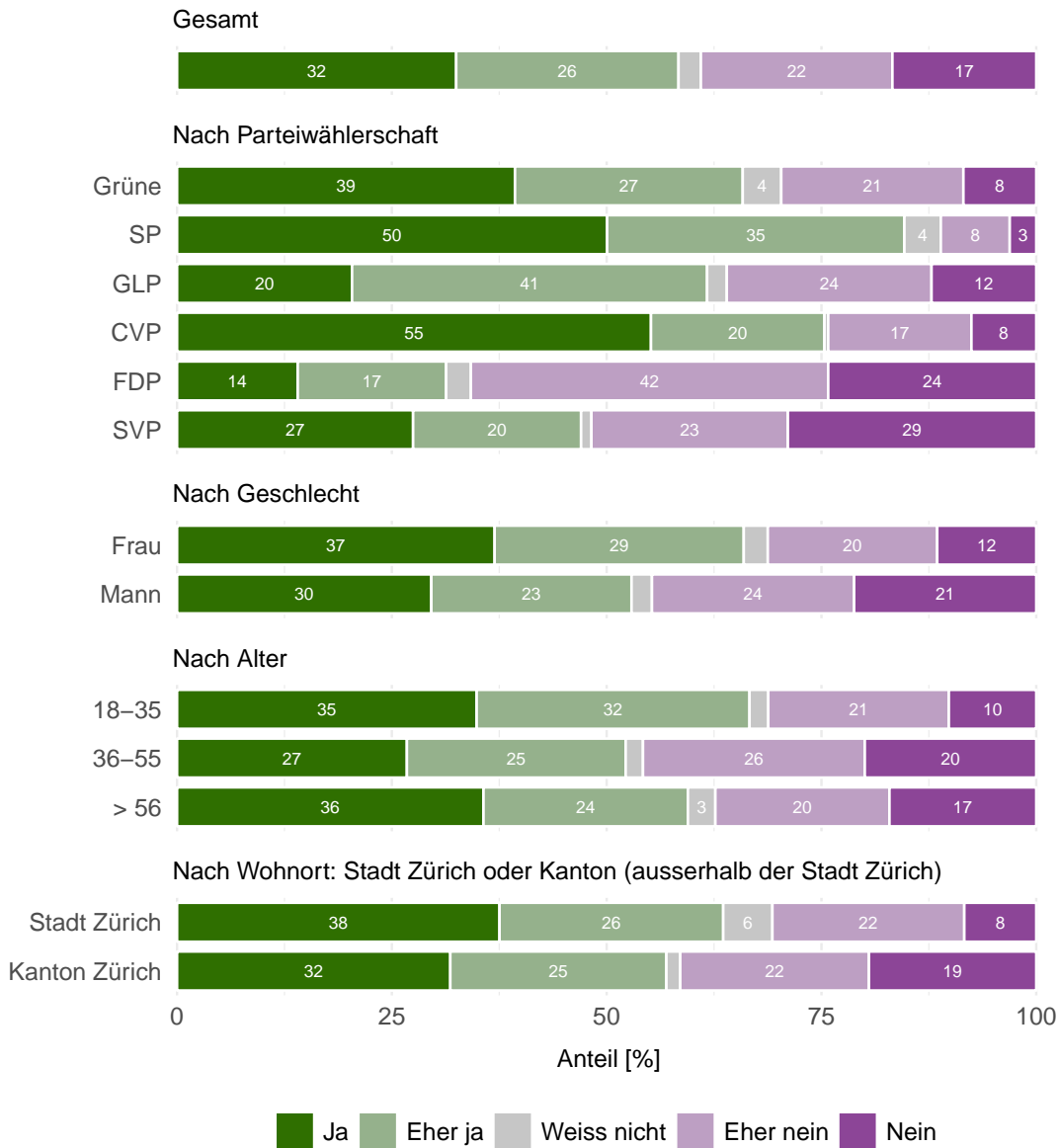


Abbildung 12: Befürwortung von höheren Ausgaben des Kantons Zürich für Prämienverbilligungen.

4.5 Unterstützung von Sozialhilfebezüger/innen

38 Prozent der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich finden, dass Sozialhilfebezüger/innen im Kanton Zürich Unterstützung genau im richtigen Mass erhalten. Je rund ein Viertel findet, dass diese zu viel oder zu wenig Unterstützung erhalten.

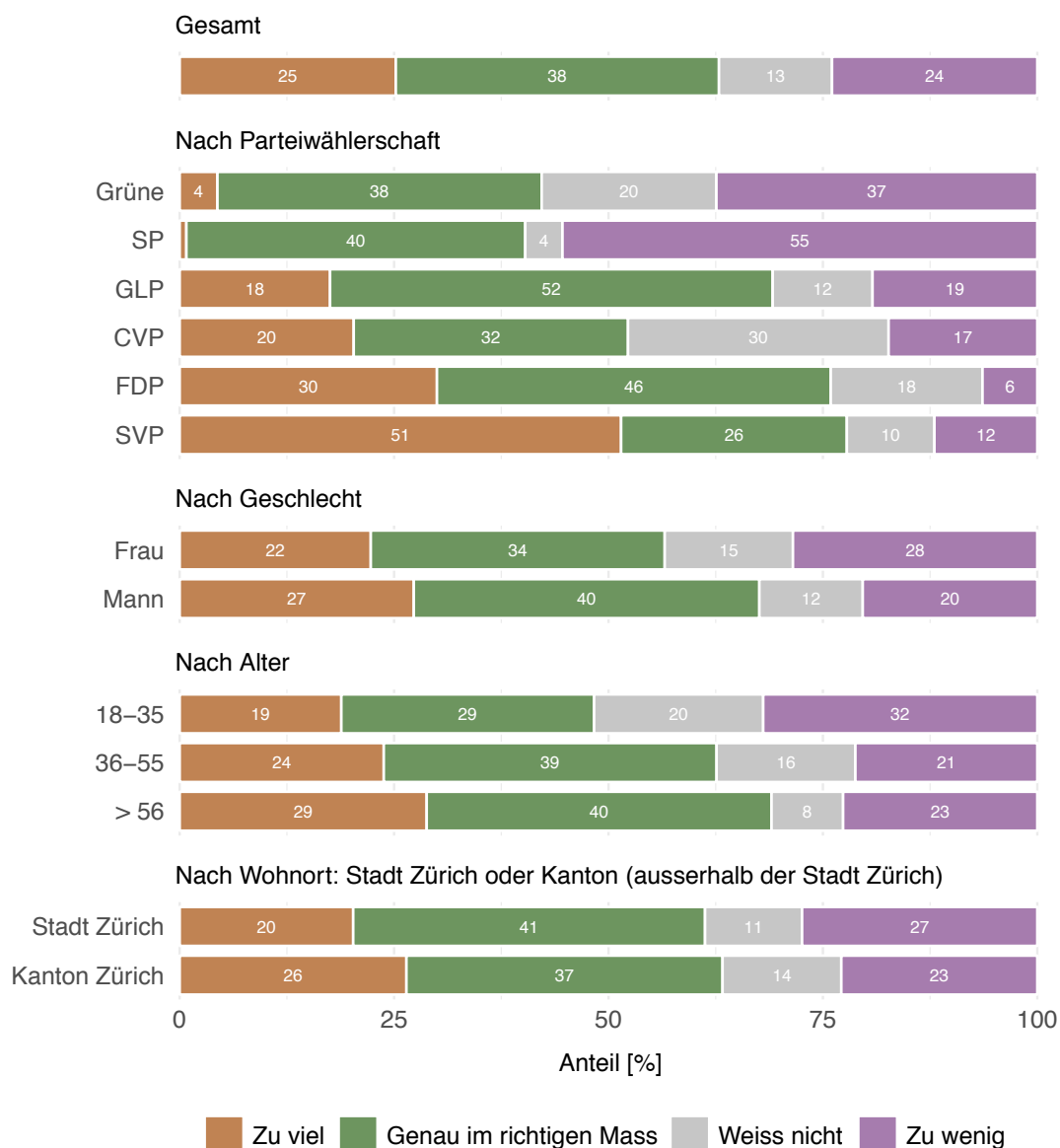
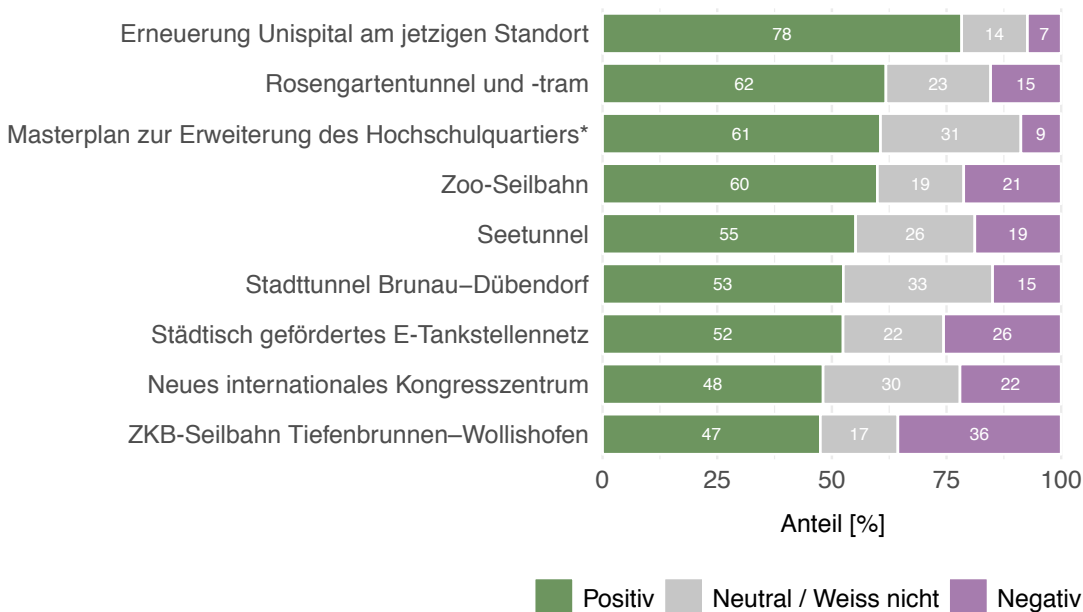


Abbildung 13: Einschätzung der Unterstützung von Sozialhilfebezüger/innen.

5 Verkehr und Infrastruktur

5.1 Infrastrukturprojekte

Abbildung 14 zeigt die Zustimmung zu verschiedenen Infrastrukturprojekten im Kanton Zürich.



* Da am 8. Januar neue Pläne für die Erweiterung des Hochschulquartiers präsentiert wurden, wurden für dieses Projekt nur Antworten berücksichtigt, die ab dem 9. Januar eingingen.

Abbildung 14: Zustimmung zu Infrastrukturprojekten im Kanton Zürich.

5.2 Registrierungspflicht für Uber-Fahrer

Über alle grossen Parteien hinweg ist die aktive Stimmbevölkerung des Kantons Zürich für die Registrierungspflicht auch für Uber-Fahrer, wie sie das neue Taxigesetz vorsieht.

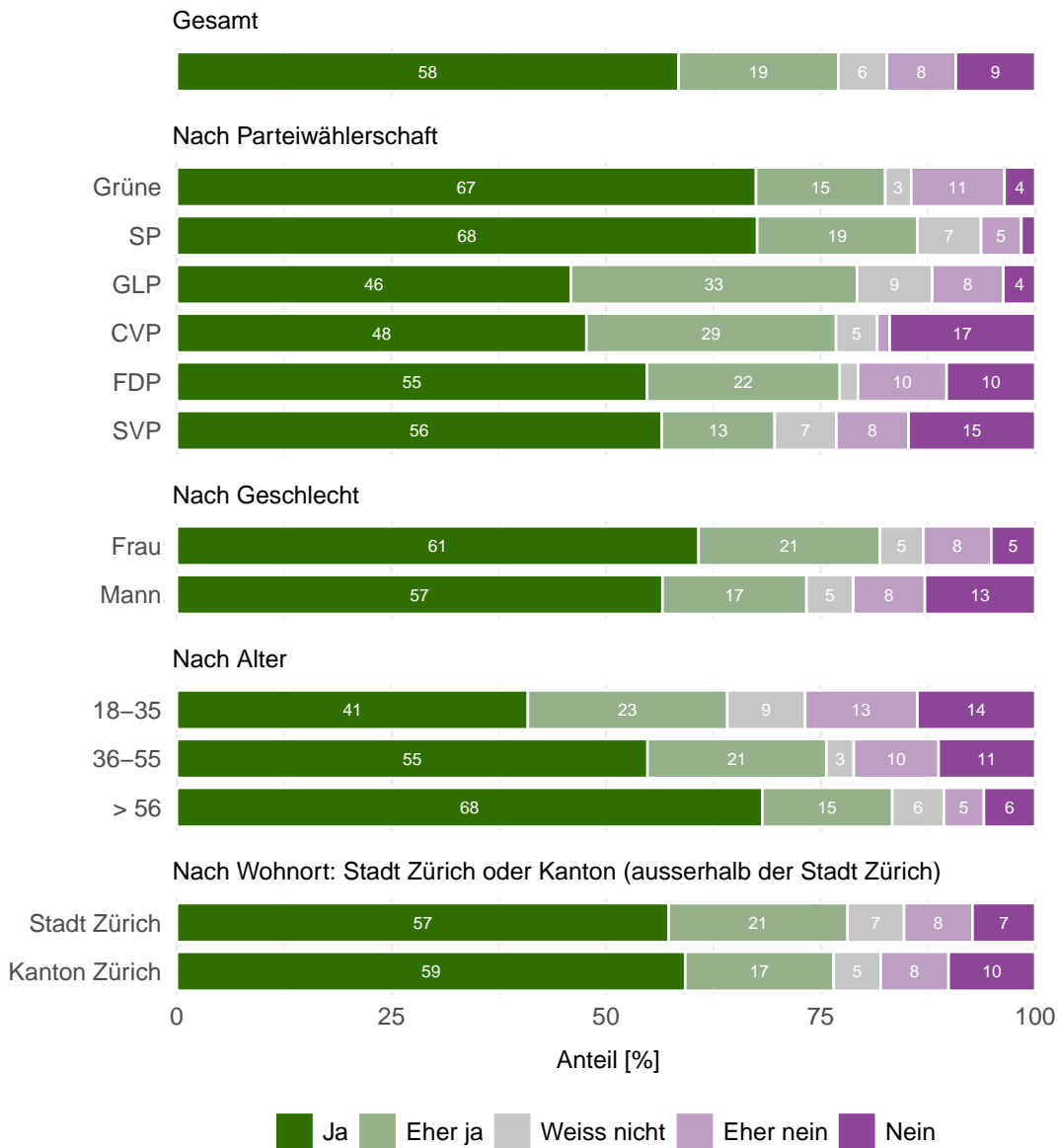


Abbildung 15: Befürwortung der Registrierungspflicht auch für Uber-Fahrer.

6 Flughafen Zürich

6.1 Pistenverlängerungen

Eine klare Mehrheit der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich ist für oder eher für Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich, um einen stabileren Flugbetrieb zu gewährleisten. Dagegen oder eher dagegen sind einzig die Wählerinnen und Wähler der Grünen.

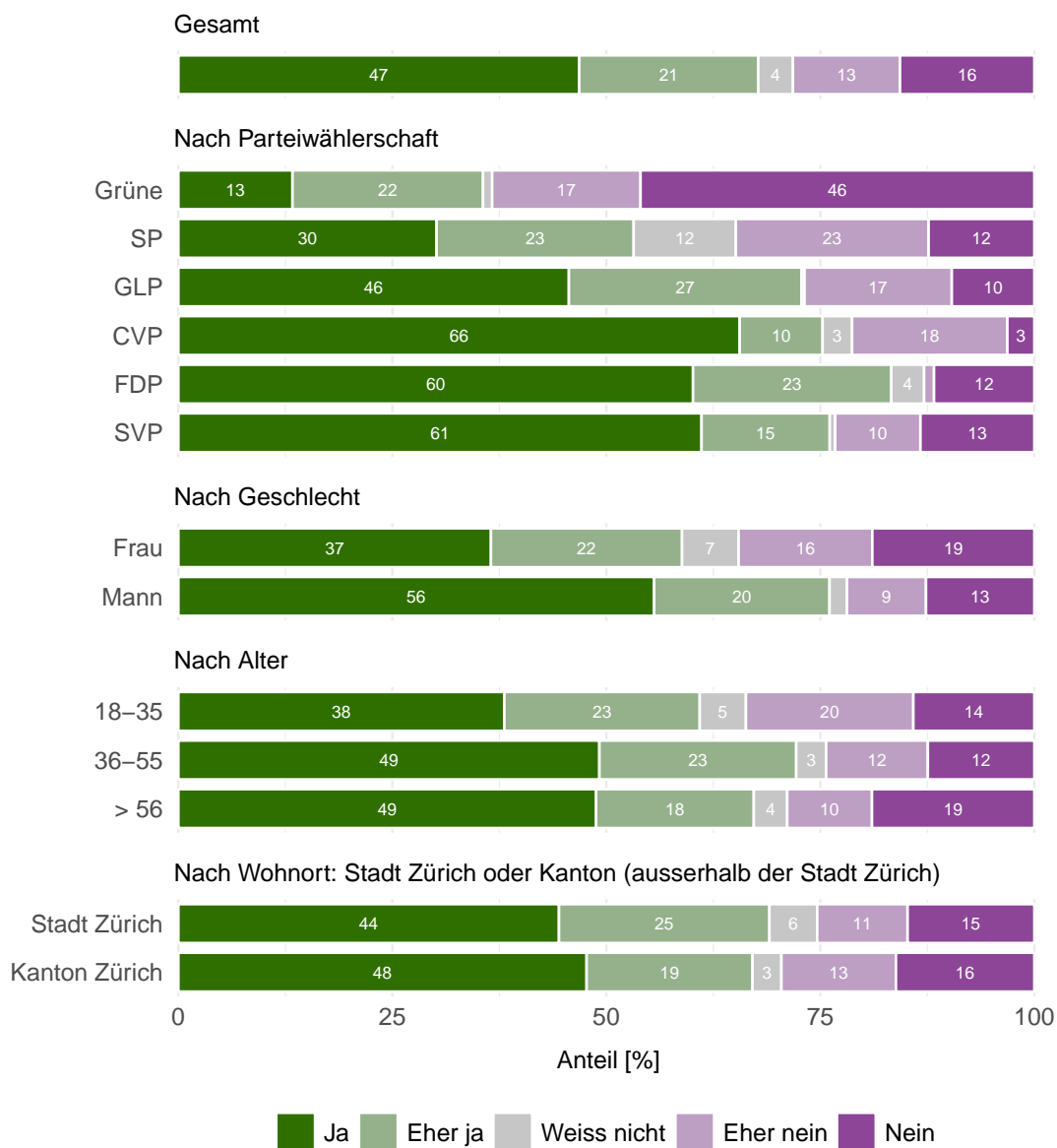


Abbildung 16: Befürwortung von Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich.

6.2 Eindämmung des Passagierwachstums

Rund die Hälfte der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich spricht sich dagegen oder eher dagegen aus, dass das Passagierwachstum am Flughafen Zürich eingedämmt werden soll. Am tiefsten ist die Zustimmung zur Eindämmung bei den Wählerinnen und Wählern der FDP, am höchsten bei den Grünen.

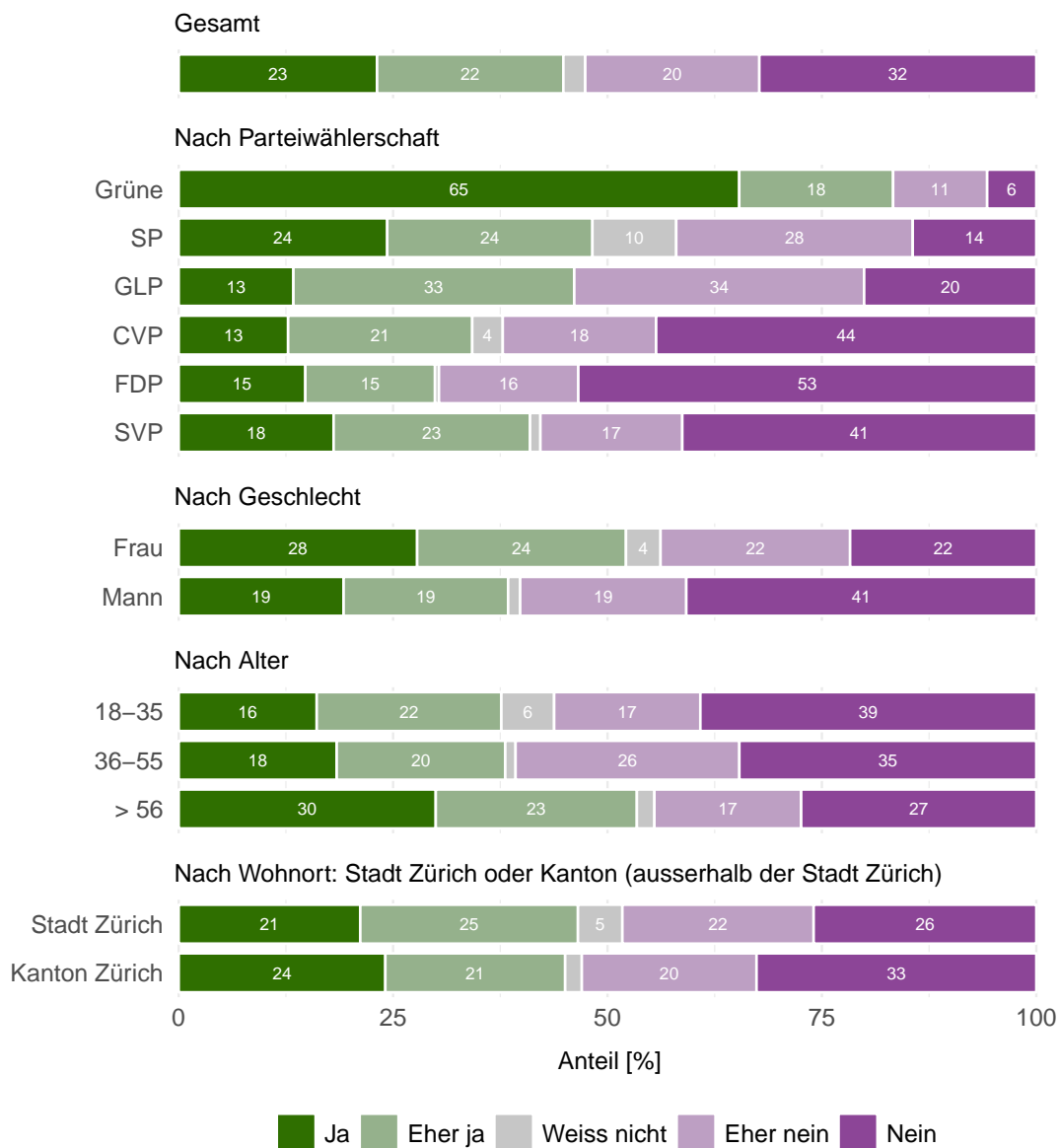


Abbildung 17: Befürwortung der Eindämmung des Passagierwachstum am Flughafen Zürich.

6.3 Lenkungsabgaben auf Flugtickets

Rund die Hälfte der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich befürwortet Lenkungsabgaben (z. B. CO₂-Abgabe) auf Flugtickets, ein weiteres Fünftel ist eher dafür. Am stärksten ist die Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern von Grünen, SP und GLP – dagegen oder eher dagegen ist die Wählerschaft der SVP.

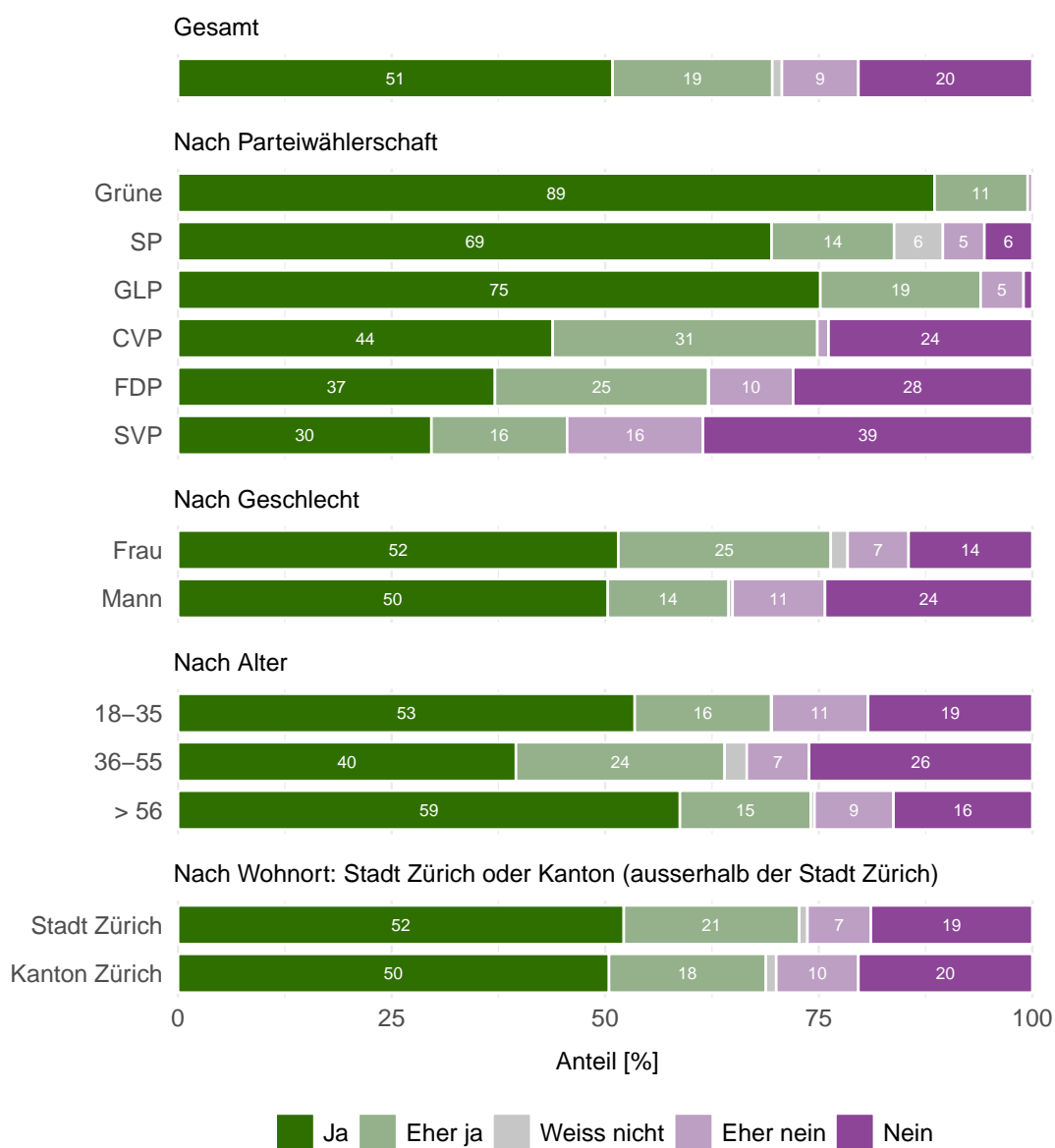


Abbildung 18: Befürwortung von Lenkungsabgaben auf Flugtickets.

7 Wohnen und Raumplanung

7.1 Einschätzung des prognostizierten Bevölkerungswachstums

Das statistische Amt des Kantons Zürich prognostiziert, dass die Bevölkerung im Kanton Zürich bis 2040 auf rund 1.8 Millionen anwächst. Dies entspricht einer Bevölkerungszunahme von 325'000 Personen, respektive 22 Prozent. Rund drei Viertel der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich schätzen dieses Wachstum als problematisch oder eher problematisch ein.

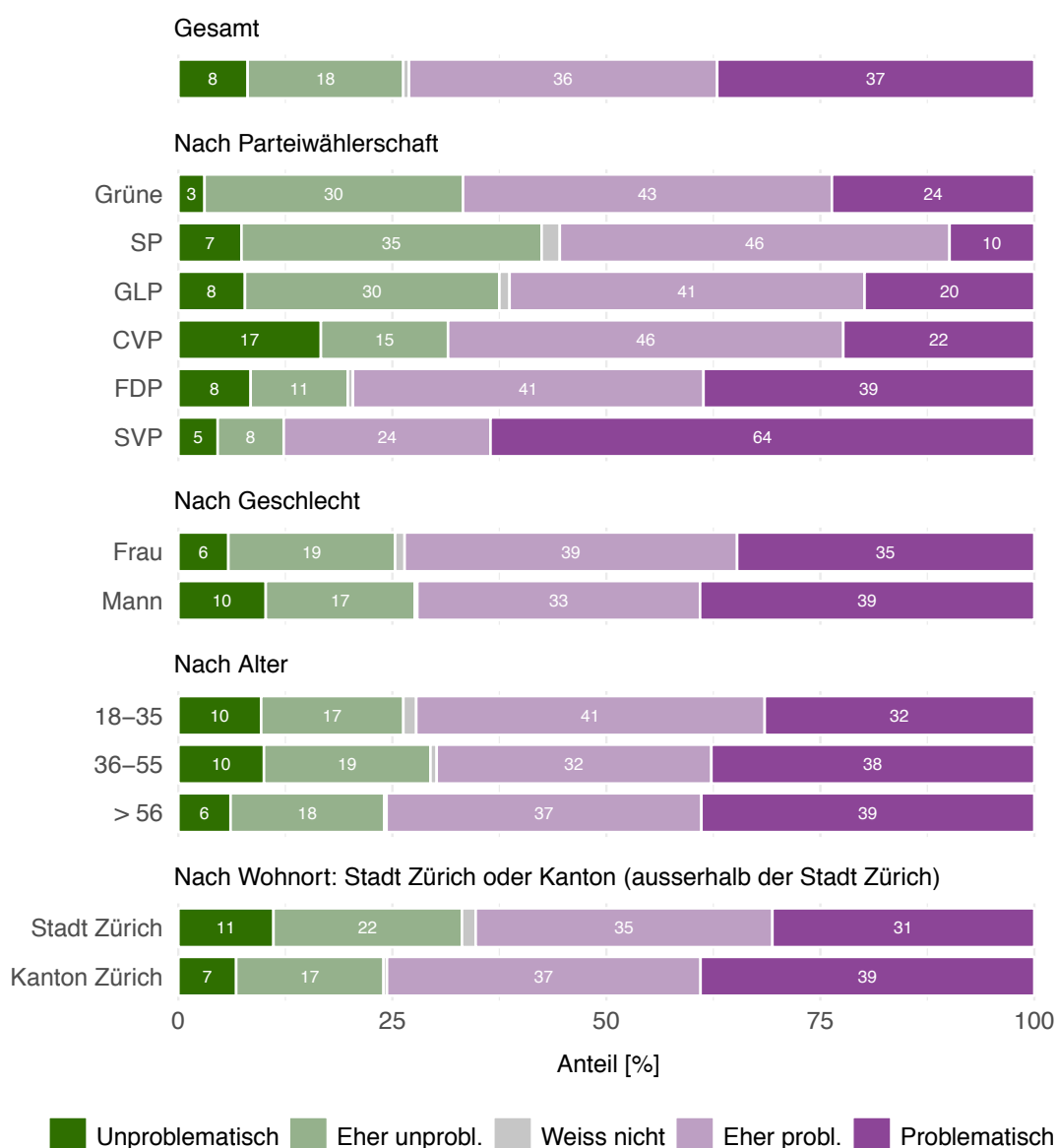


Abbildung 19: Einschätzung des prognostizierten Bevölkerungswachstums im Kanton Zürich.

7.2 Herausforderungen des Wachstums

Von den Befragten, welche das prognostizierte Wachstum als problematisch oder eher problematisch einschätzen, sehen je rund drei Viertel die grössten Herausforderungen in den Bereichen Wohnraum, Kapazität von ÖV und Strassenverkehr, sowie Infrastruktur.

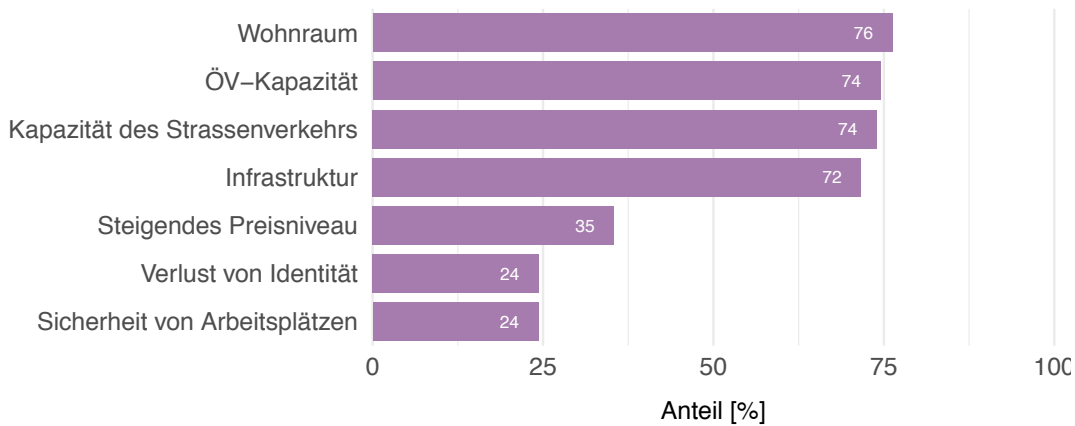


Abbildung 20: Grösste Herausforderungen des prognostizierten Wachstums (für Befragte, welche das prognostizierte Bevölkerungswachstum als problematisch einschätzen).

7.3 80:20-Regel

Gemäss der 80:20-Regel, welche im Zürcher Richtplan festgelegt ist, sollen 80 Prozent des Bevölkerungswachstums im urbanen Raum stattfinden. Eine knappe Mehrheit der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons ist für oder eher für diese Regel, wobei viele unentschlossen sind. Besonders hoch ist die Zustimmung bei Wählerinnen und Wählern der linken Parteien.

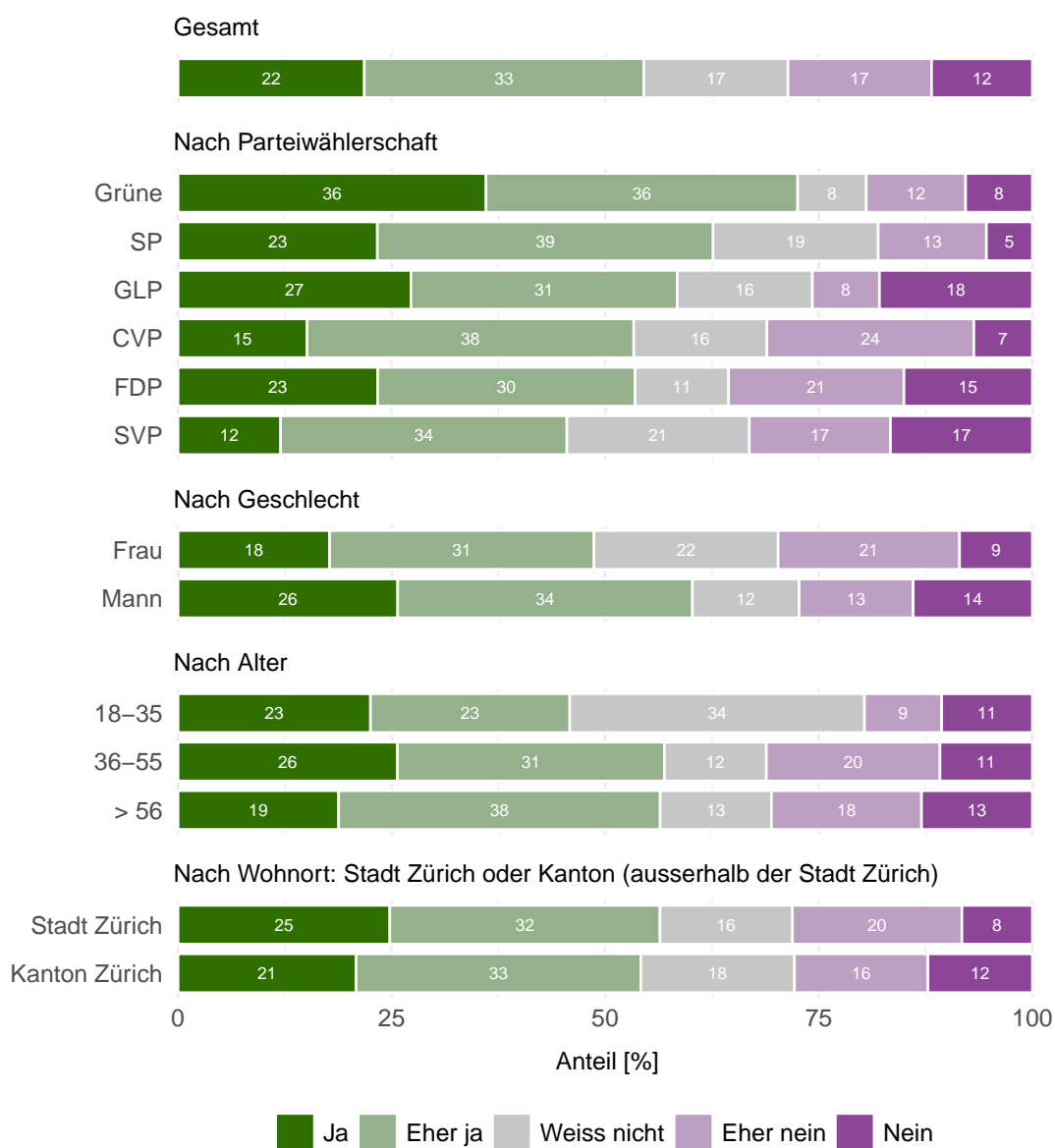


Abbildung 21: Befürwortung der 80:20-Regel.

7.4 Schattenwurfregelung

Heute darf ein Hochhaus bewohnte Gebäude in seiner Nachbarschaft und benachbarte Grundstücke in Wohnzonen im Winter nicht länger als zwei Stunden beschatten. Diese Regelung soll von zwei Stunden auf drei Stunden geändert werden. Eine klare Mehrheit der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich ist für oder eher für diese Änderung – dies trifft auf die Wählerinnen und Wähler aller grossen Parteien zu, am deutlichsten diejenigen der FDP.

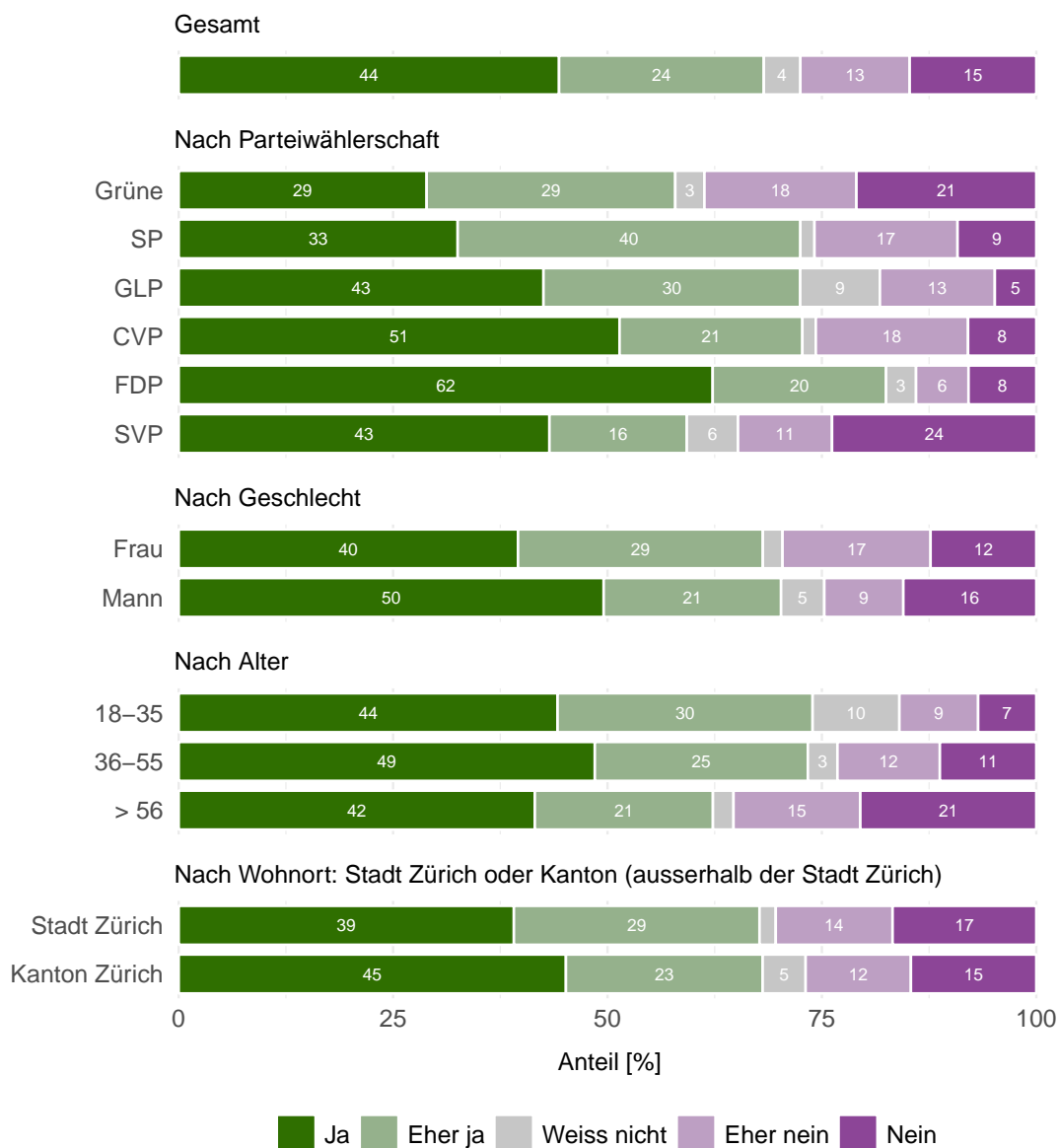


Abbildung 22: Befürwortung der Änderung der Schattenwurfregelung.

7.5 Mehrwertabgabe

Bei Auf- und Umzonungen entsteht für den Grundeigentümer ein Mehrwert. Ein Teil dieses Mehrwerts fliesst über die kommunale Mehrwertabgabe an die Gemeinde. Städtische Gemeinden kennen heute Abgaben von bis zu 50 Prozent (zugunsten von Infrastrukturprojekten in der Umgebung). Der Regierungsrat will die Abgabe bei 15 Prozent des Mehrwerts deckeln. Die aktive Stimmbevölkerung des Kantons Zürich ist in der Mehrheit weder für noch gegen diese Deckelung, bei einem hohen Anteil Unentschlossener von rund einem Fünftel.

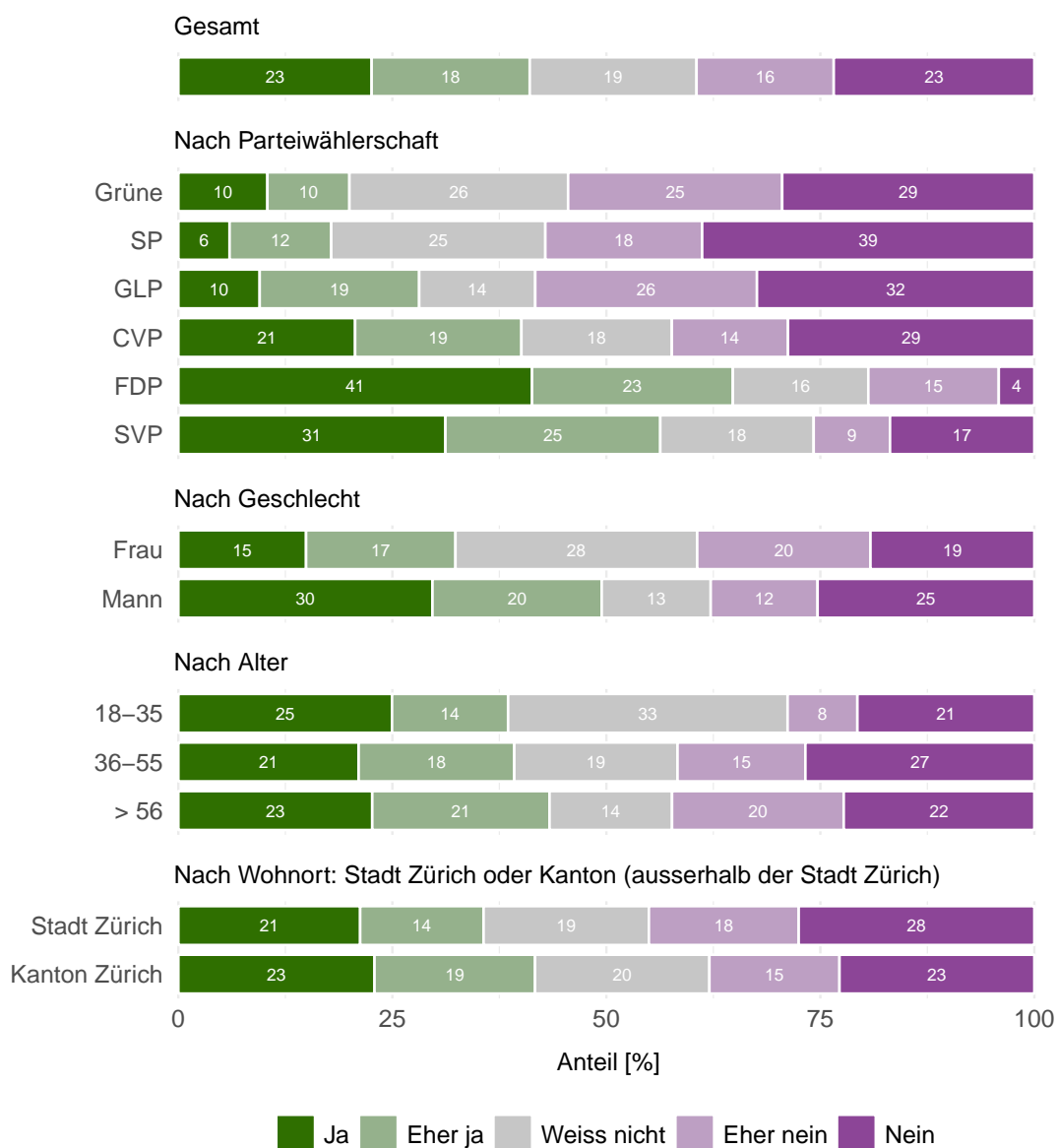


Abbildung 23: Befürwortung der Deckelung der kommunalen Mehrwertabgabe bei Auf- und Umzonungen.

8 Steuervorlage und AHV-Finanzierung (STAF)

8.1 STAF

Die Vorlage «Steuervorlage und AHV-Finanzierung» (STAF, vormals Steuervorlage 17) verbindet die Reform der Unternehmensbesteuerung mit einer zusätzlichen AHV-Finanzierung. Die aktive Stimmbevölkerung des Kantons Zürich ist mit einer relativen Mehrheit für oder eher für diese Vorlage.

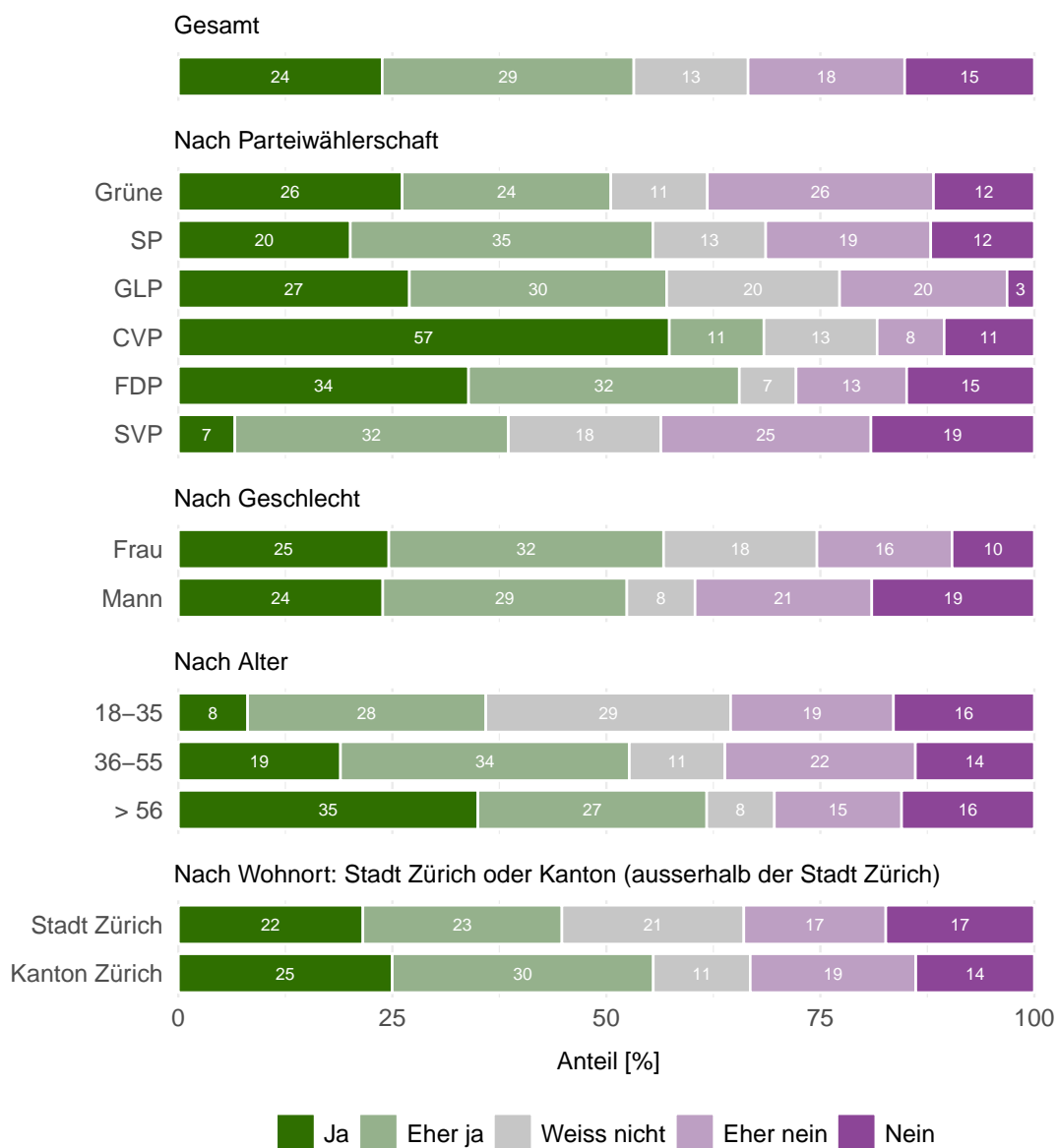


Abbildung 24: Befürwortung der STAF.

8.2 Umsetzung der STAF durch den Kanton Zürich

In der geplanten Umsetzung der STAF durch den Kanton Zürich soll die Unternehmensgewinnsteuer von 8 auf 6 Prozent gesenkt werden. Ein Viertel der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich ist gegen diese Umsetzung, rund ein Viertel ist eher dagegen. Am stärksten dagegen sind die Wählerinnen und Wähler von Grünen, SP und SVP.

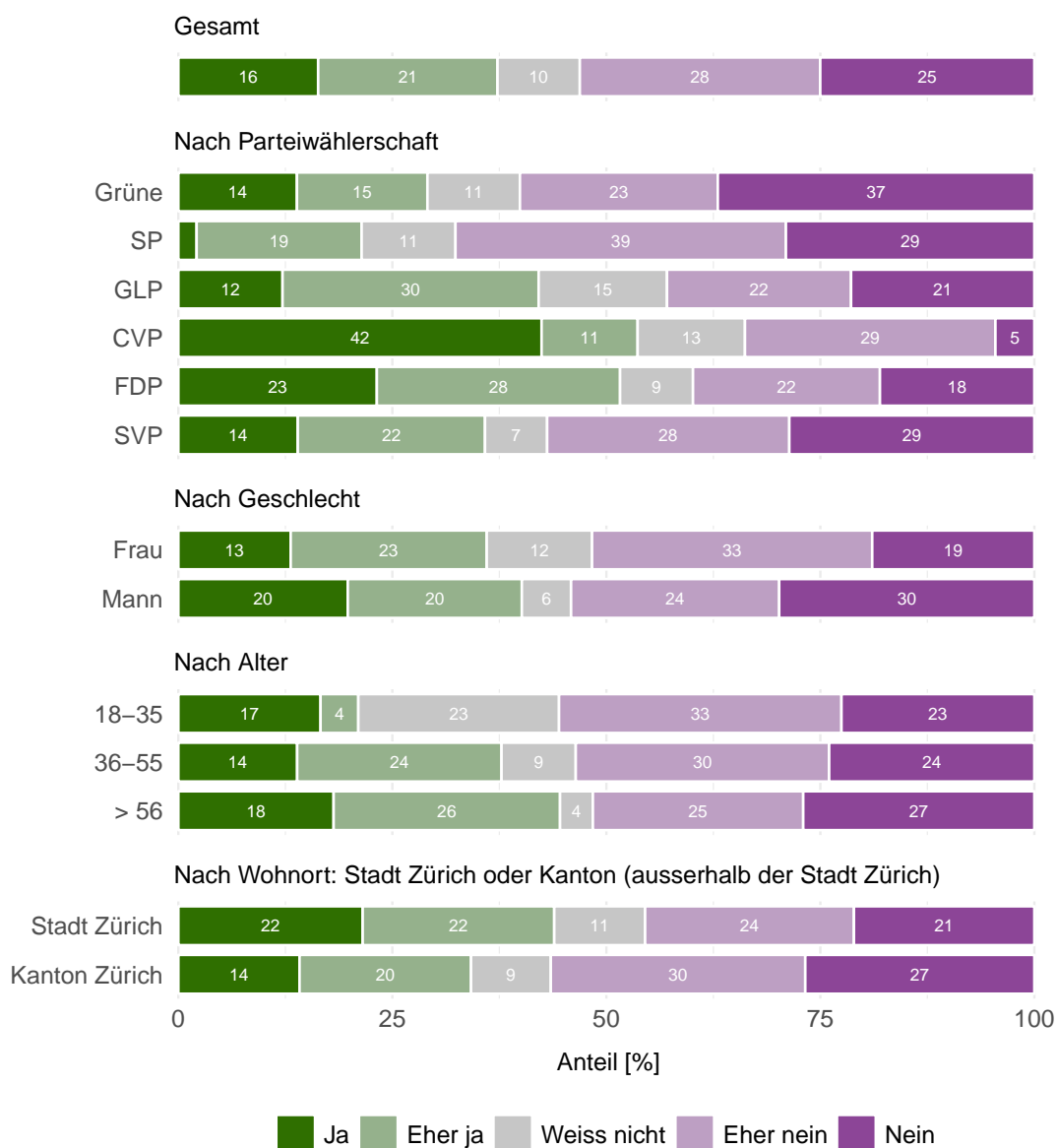


Abbildung 25: Befürwortung der geplanten Umsetzung der STAF durch den Kanton Zürich.

8.3 Konsequenzen, wenn die STAF nicht umgesetzt wird

Wenn die STAF durch den Kanton Zürich nicht wie geplant umgesetzt wird, erwarten 44 Prozent der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich, dass Zürich wettbewerbsfähig bleibt. 29 Prozent erwarten, dass Unternehmen aus dem Kanton Zürich abwandern. Ein Viertel erwartet, dass es zu Steuerausfällen kommt, während 17 Prozent erwarten, dass Steuerausfälle vermieden werden können.

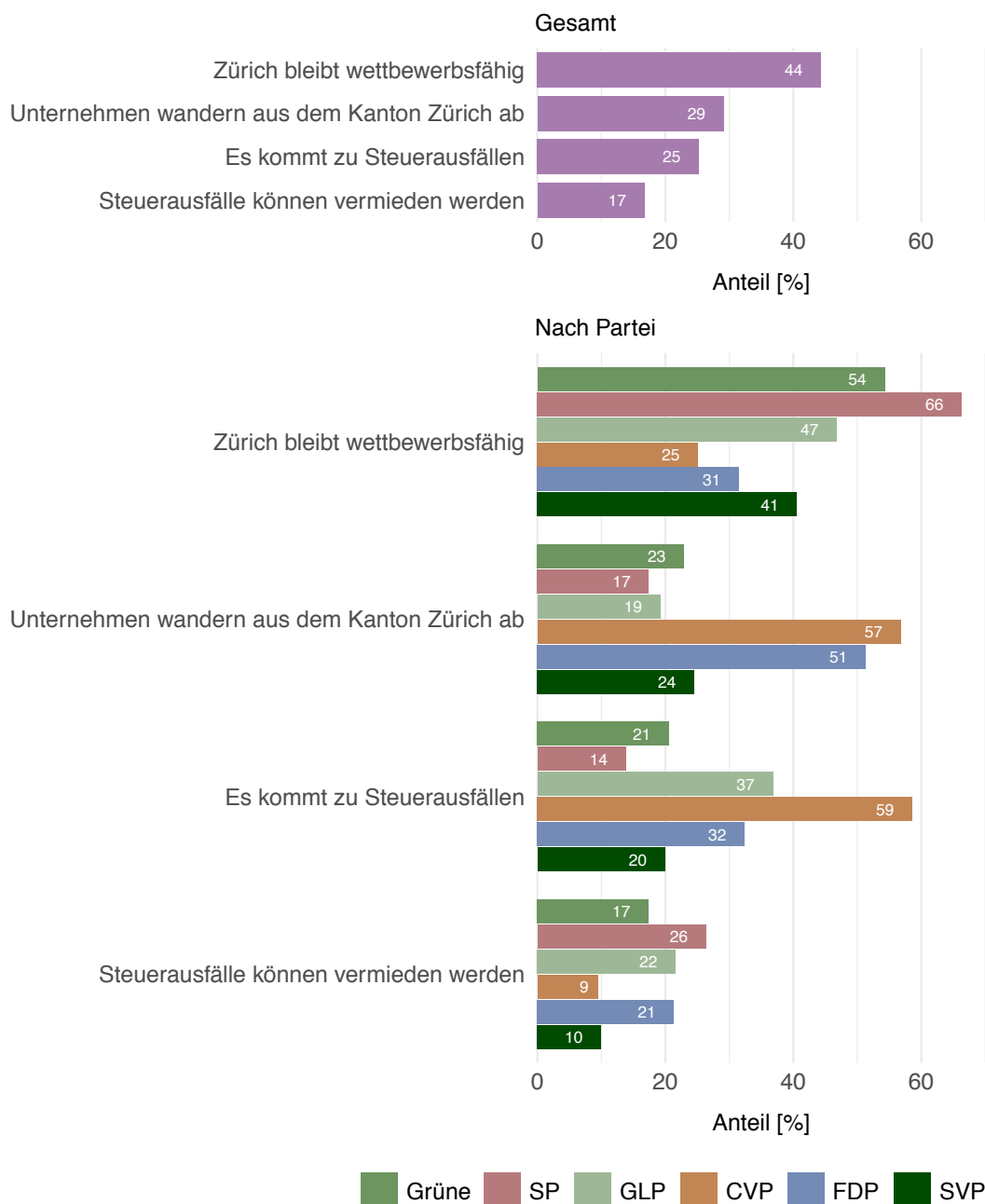


Abbildung 26: Erwartete Konsequenzen, wenn die STAF nicht umgesetzt wird.

9 Digitale Verwaltung

9.1 Form des Austauschs mit der öffentlichen Verwaltung

Fast die Hälfte der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich gibt an, dass sich ihr Austausch mit der öffentlichen Verwaltung vorwiegend online gestaltet. Ein weiteres Drittel nutzt den Online-Austausch und den Offline-Austausch (per Post, Telefon und Gang aufs Amt) zu ungefähr gleichen Teilen.

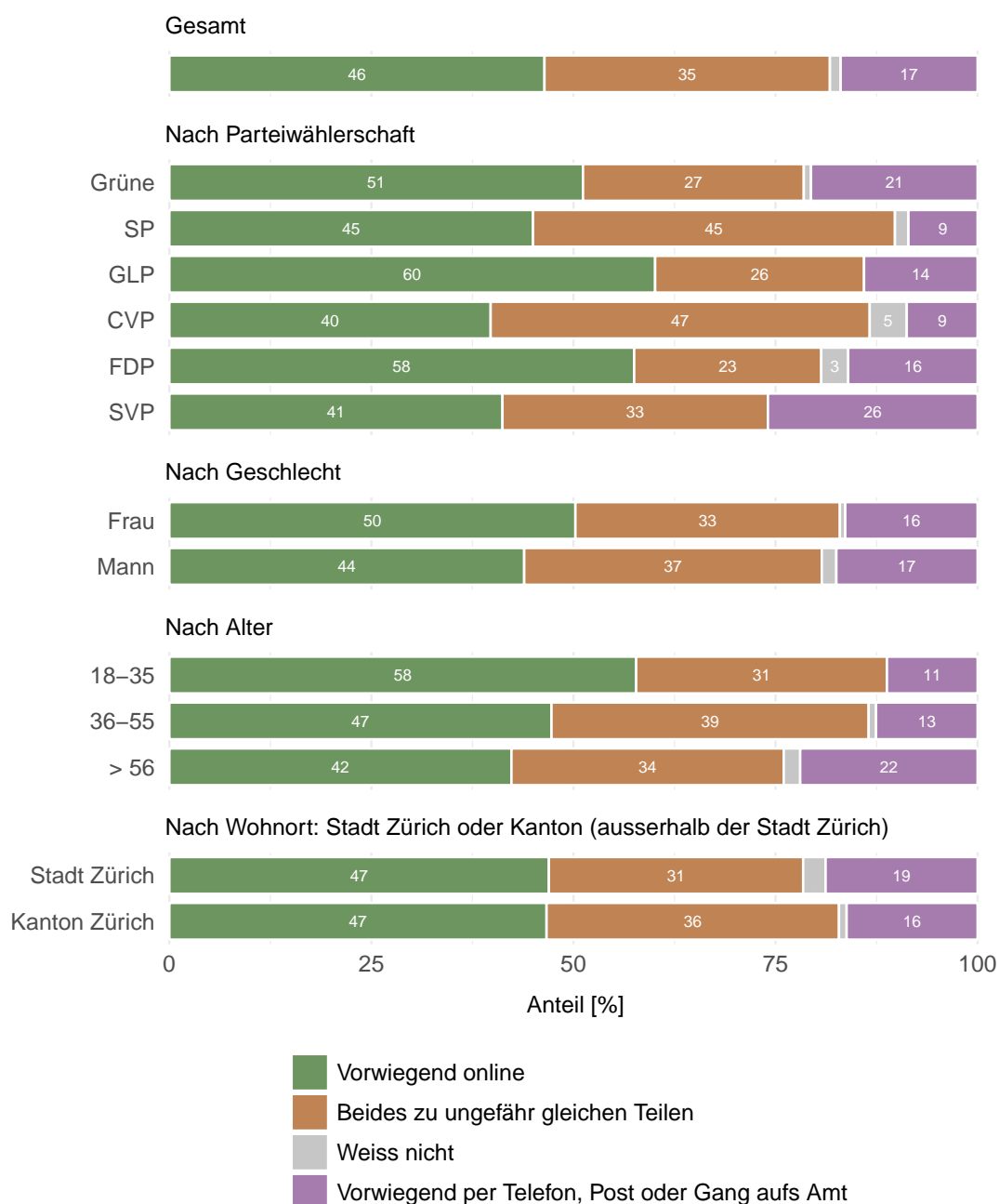


Abbildung 27: Form des Austauschs mit der öffentlichen Verwaltung.

9.2 Bedarf für den Ausbau der Online-Angebote

Abbildungen 28 und 29 zeigen, wo die aktive Stimmbevölkerung des Kantons Zürich Bedarf sieht für einen Ausbau der Online-Angebote der öffentlichen Hand in Zürich.

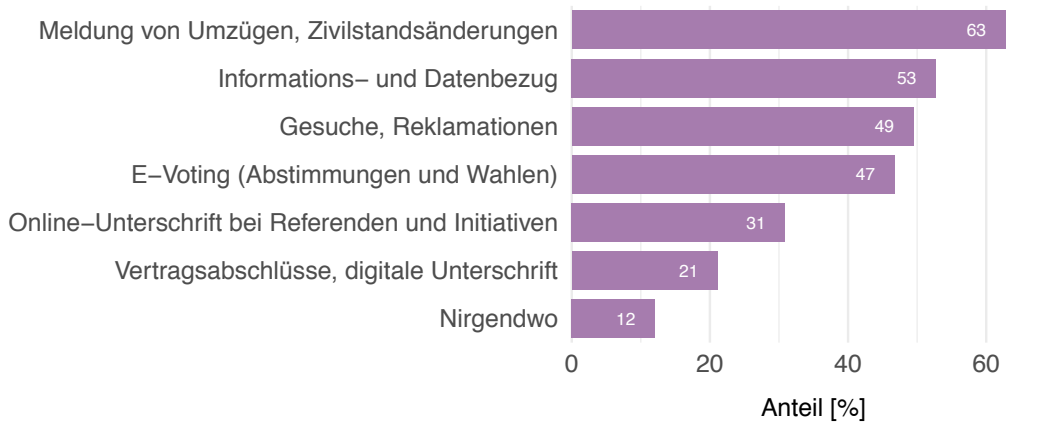


Abbildung 28: Bedarf für den Ausbau der Online-Angebote der öffentlichen Hand in Zürich.

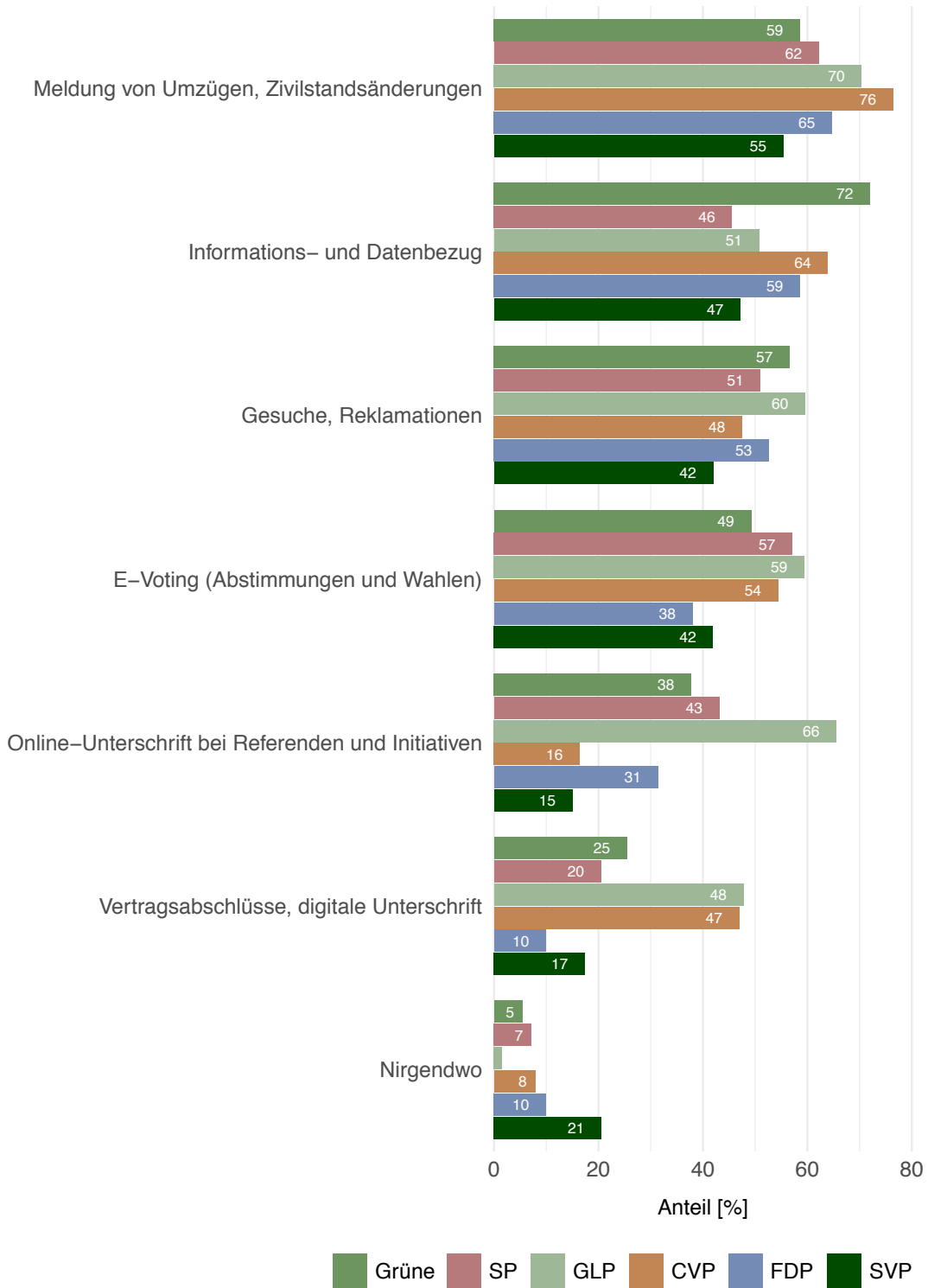


Abbildung 29: Bedarf für den Ausbau der Online-Angebote der öffentlichen Hand in Zürich – nach Parteiwählerschaft.

9.3 Beurteilung der Entwicklung zur digitalen Verwaltung

60 Prozent der aktiven Stimmbevölkerung des Kantons Zürich finden, dass die Entwicklung zu mehr Online-Behördenkontakten die Effizienz im Alltag steigert. 42 Prozent sehen ein Problem in der Datensicherheit im Zuge dieser Entwicklung.

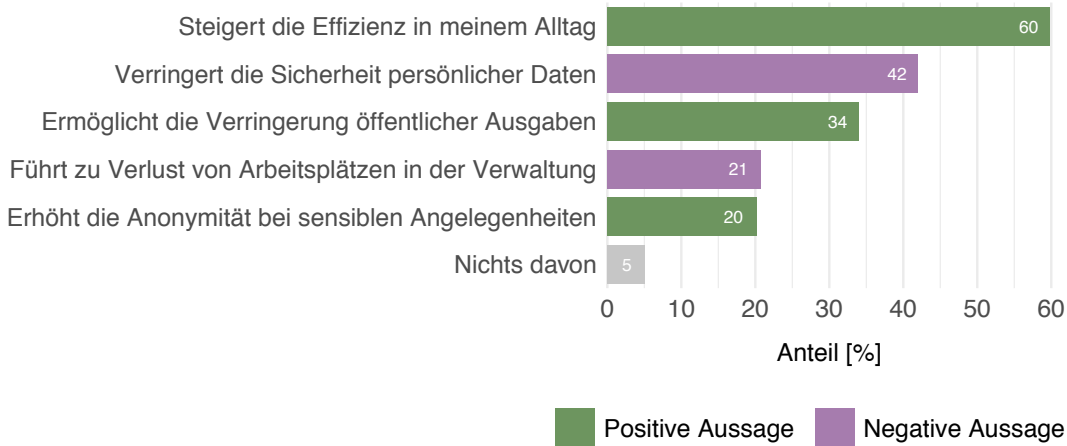


Abbildung 30: Beurteilung der Entwicklung zu mehr Online-Behördenkontakten.

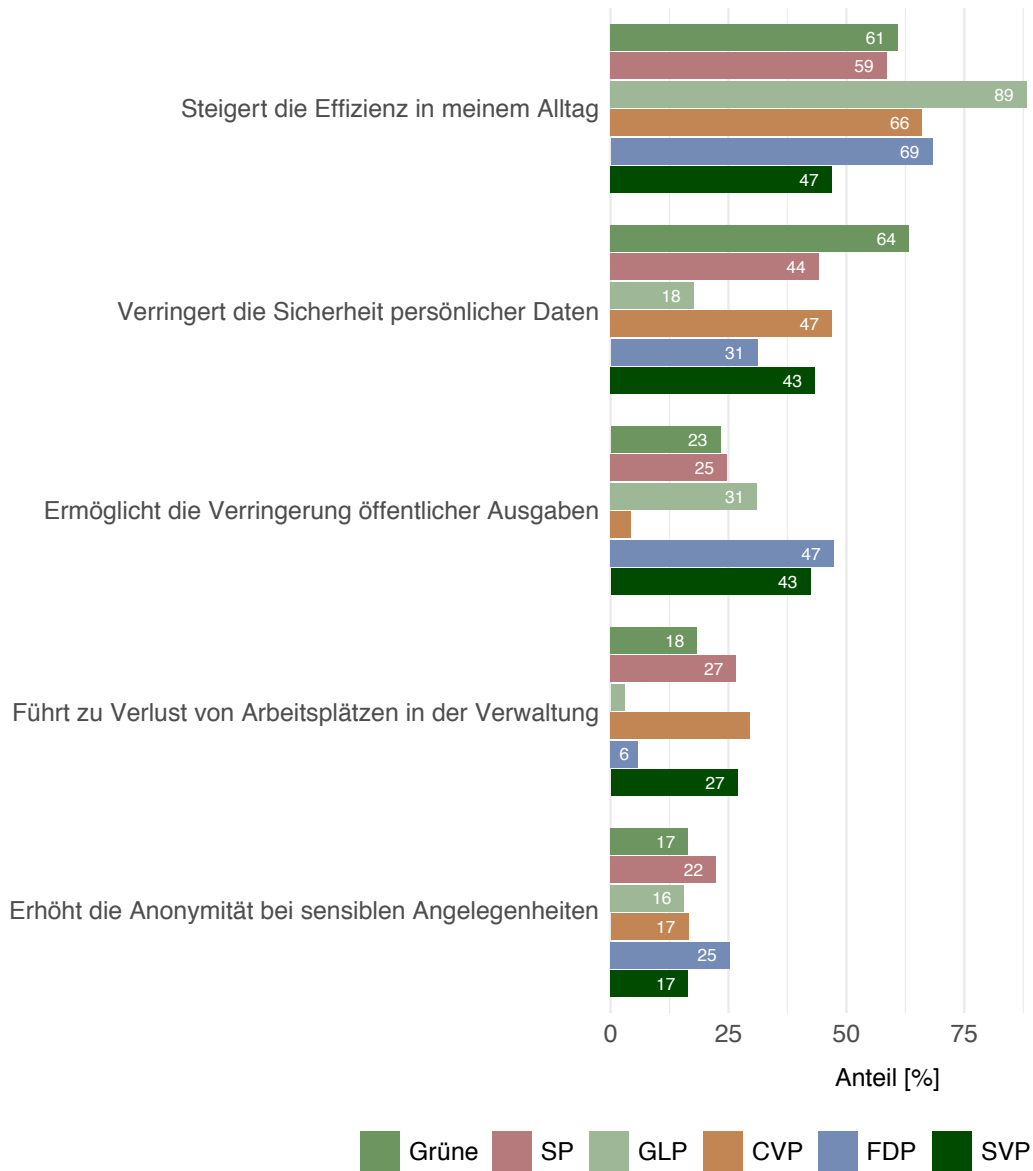


Abbildung 31: Beurteilung der Entwicklung zu mehr Online-Behördenkontakten – nach Parteiwählerschaft.

10 Methodik

10.1 Datenerhebung und Stichprobe

Die Befragung fand online statt. Die Rekrutierung erfolgte über die Website und den Newsletter der NZZ sowie über den E-Mail-Pool von sotomo. Die Datenerhebung erfolgte zwischen dem 7. und 13. Januar 2019. Für die Auswertung konnten die Antworten von 1707 Stimmberechtigten des Kantons Zürich berücksichtigt werden.

10.2 Repräsentative Gewichtung

Da die vorliegende Umfrage auf Selbstrekrutierung beruht und daher die Stichprobe in einem strukturellen Sinne nicht repräsentativ für die gewünschte Grundgesamtheit ist, wurde sie mittels des IPF-Verfahrens (*Iterative Proportional Fitting*, auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt) gewichtet. Als Grundgesamtheit definiert sich die aktive Stimmbevölkerung des Kantons Zürich. Zu den Gewichtungsmerkmalen gehören das Alter, das Geschlecht, der Bildungsstatus, der Wohnort, sowie politische Merkmale.

Diese Gewichtung gewährleistet eine hohe soziodemographische Repräsentativität der Stichprobe. Der Stichprobenfehler, wie für Zufallsstichproben berechnet, lässt sich nicht direkt auf opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität ist aber vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/- 3 Prozent.

